

Demokratie? Eine Frage der Verfassung!

Dokumentation eines
Projektes zu neuen
Wegen der historisch-
politischen Bildung
und gesellschaftlichen
Verständigung



Inhalt

- S.1 Demokratie? Eine Frage der Verfassung! — Uta Rüchel
- S.4 Und unter uns die Lava — Christin Figl
- S.8 Die Krise der einen ist der Alltag der anderen
— Iskandar Ahmad Abdalla
- S.12 Ein vernachlässigter Absatz — Deike Janssen
- S.16 Eine Frage des Privilegs — Büsra Delikaya
- S.20 Einfach mal zuhören — Laura Maria Niewöhner
- S.24 Warum Wählen nicht alles ist — Claudia Gatzka
- S.28 Vertrauen in unsicheren Zeiten — Uta Rüchel
- S.32 Freiheit(en) in unsicheren Zeiten — Bastian Rottinghaus
und Uta Rüchel
- S.42 Über die Gemeinschaft — Amel Ouissa
- S.46 Rückblick: Eine demokratische Zumutung
— Teresa Koloma Beck
- S.50 Wer spielt mit? — Dilek Güngör
- S.54 Rückblick: Demokratie als Dialog — Konrad Sziedat
- S.62 Nachwort — Christina Morina
- S.64 Autor*innen und Illustrator*innen Bios
- S.65 Impressum

Demokratie? Eine Frage der Verfassung!

Von: Uta Rüchel

Jede Gesellschaft und jede Demokratie sind historisch gewachsen, den Wandlungen mal mehr und mal weniger unterworfen, und gestaltbar. 2019/2020 trafen in Deutschland gleich vier Jahrestage aufeinander: 170 Jahre Paulskirchenverfassung, 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 70 Jahre Grundgesetz, 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit.

WIR MACHEN DAS, die Professur für Zeitgeschichte der Universität Bielefeld und die Robert-Havemann Gesellschaft e. V. planten aus diesem Anlass eine bundesweite Debatte. Die Fragestellungen: In welcher Verfassung ist unsere Demokratie? Wie demokratisch ist unsere Verfassung? Welche Bedeutung haben die im Grundgesetz formulierten Werte und Grundsätze für unser alltägliches Zusammenleben? Wo gehen verfassungsmäßiger Anspruch und gesellschaftliche Wirklichkeit auseinander? Wäre

es sinnvoll, mit Blick auf die offenen Wunden in der Vereinigungsgeschichte seit 1990, das Grundgesetz in eine Verfassung zu verwandeln? Gibt es Änderungsbedarf, um die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft zu sichern? Aus all diesen Überlegungen entstand ein Projekt mit dem Titel *Demokratie? Eine Frage der Verfassung!*

Die Planungen waren in vollem Gange, da tauchten die ersten Meldungen über ein bislang unbekanntes Virus auf und schnell wurden einschneidende Maßnahmen zu seiner Eindämmung erlassen. Den daraufhin einsetzenden Debatten um das Grundgesetz konnten und wollten wir uns nicht entziehen. An Bürgerforen war aufgrund der Abstandsregeln bis auf Weiteres nicht mehr zu denken. So dokumentierten wir als Erstes unter dem Titel: „Das Grundgesetz und das Virus“ von Mitte März bis Ende Mai 2020 die intensive Diskussion um verschiedene politische, juristische und philosophische Reaktionen. Die mehr als sechzig Texte aus Zeitungen, Zeitschriften und dem Verfassungsblog belegen eindrucksvoll, wie kontrovers diese Debatte gleich zu Beginn der Pandemie geführt wurde.

Unter dem Titel „Im Maschinenraum der Demokratie“ luden wir im Mai 2020 alle Interessierten ein, einen Essay zu schreiben – aus wissenschaftlicher, journalistischer oder

persönlicher Perspektive, auf Deutsch, Englisch, Französisch oder Arabisch. Aus vierzig Einsendungen wählten wir am Ende vier Beiträge aus, die auch in diesen Projektband aufgenommen wurden.

Christin Figl fragt in ihrem Beitrag, wie wir die aktuellen Spannungszustände aushalten können, und verweist auf hitzebeständige Materialien sowie ein bewegliches UND statt starrer Positionen. Den Ausgangspunkt des Textes von Iskandar Ahmad Abdalla bildet die Angst, die in Zeiten von Corona alle Menschen verbindet. Doch eben diese Angst und eingeschränkte Grundrechte seien für viele Migrant*innen nicht Ausdruck einer einzelnen Krise, sondern ihr Alltag, schreibt er. Deike Janssen beschäftigt sich mit der in Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes deklarierten Gleichheit der Geschlechter. Anders als im Gesetzestext gefordert, seien Frauen* bei politischen Entscheidungsprozessen nicht angemessen beteiligt und repräsentiert. Doch gerade sie sind von den Auswirkungen der Pandemie zumeist überdurchschnittlich betroffen und erledigen die systemrelevanten Arbeiten. Büsra Delikaya plädiert für ein allumfassendes Verständnis des Freiheitsbegriffs, der niemanden ausschließt. Ihrer Meinung nach werden derzeit nicht nur die Widerstandsfähigkeit gesellschaftlicher Solidarität sowie die Früchte politischer Bildung und demokratischer Aufklärung auf die Probe gestellt. Auch die noch immer vorherrschende Kluft zwischen den sozialen Klassen sei besonders sichtbar und müsse uns beschäftigen.

Freiheitsrechte im Fokus

Im Herbst 2020, kurz vor den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, konnte noch ein Gesprächsformat realisiert werden. Die Veranstaltung „Du hast die Wahl!“ bot für Jugendliche und junge Erwachsene die Gelegenheit, über Volljährigkeit und Staatsbürgerschaft als Voraussetzungen für eine Teilnahme an Wahlen zu diskutieren. Einig waren sich alle, dass das Wahlalter auch auf Bundesebene auf sechzehn Jahre herabgesetzt werden sollte und dass die stetigen Zweifel älterer Generationen an der Entscheidungs- und Verantwortungskompetenz von Jugendlichen nerven. Um Exklusion und mögliche Diskriminierung zu vermeiden, plädierten viele dafür, das Wahlrecht auch auf Migrant*innen auszuweiten, die schon

lange in Deutschland leben und gewisse Sprachkompetenzen haben. Laura Maria Niewöhner dokumentierte die Veranstaltung zusammen mit der Fotografin Bahar Kaygusuz. Die Historikerin Dr. Claudia Gatzka von der Universität Freiburg ergänzte die Diskussion mit einem Essay, der erläutert, warum Wählen nicht alles ist.

Um einen möglichst breiten Einblick zu bekommen, wie die Freiheitsrechte, die der Demokratie zugrunde liegen, von den Bürger*innen verstanden und in Krisenzeiten gewichtet werden, organisierten wir im Juni und Juli 2020 die Online-Umfrage: „Freiheit(en) in unsicheren Zeiten“. Neben soziodemografischen Daten wurden individuelle Sichtweisen und Einschätzungen erfasst: die eigene Betroffenheit von Grundrechtseinschränkungen, das Vertrauen in Regierung und Justiz sowie die Position zu einem angemessenen Umgang mit den sogenannten Risikogruppen. Auch ging es um die Bedeutung von Medien und sozialen Netzwerken, die Wahrnehmung öffentlicher Grundrechtsdebatten und die eigene Bereitschaft, individuelle Einschränkungen von Freiheitsrechten zugunsten des Gemeinwohls zu akzeptieren – etwa für das Erreichen von Klimazielen, die Bekämpfung von Fluchtursachen oder für soziale Gerechtigkeit.

Vertrauen als Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Mehr als 2.000 Personen haben den Fragebogen vollständig ausgefüllt. Der Soziologe Dr. Bastian Rottinghaus wertete die Ergebnisse gemeinsam mit mir als Projektleiterin aus. Die vollständige Studie ist auf der Projektseite von WIR MACHEN DAS nachzulesen, für die vorliegende Dokumentation wurde eine Kurzfassung erstellt.

In meinem Essay „Vertrauen in unsicheren Zeiten“ habe ich eines der wesentlichsten Ergebnisse der Befragung aufgenommen, indem ich den Voraussetzungen für Vertrauen nachgehe. Ergänzend dazu schreibt die Soziologin Amel Ouaisa über Gemeinschaften und den Umgang mit der Pandemie. Sie greift dabei auf ihre Erfahrungen als Kind zurück und empfiehlt ein Denken in zeitlicher Begrenzung auch für den Umgang mit der aktuellen Pandemie.

Das Gesprächspanel „Das Virus ist eine demokratische Zumutung“ – Über Politik,

2

Vertrauen und Grundrechte in der Pandemie“ vom 25. Februar 2021 erlangte dank seines digitalen Formats, der verschiedenen Perspektiven und einer kontrovers geführten Diskussion eine überaus große Reichweite. Der Oberbürgermeister von Neubrandenburg, Silvio Witt, der Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags, Stefan Hans Kläsener, sowie der Soziologe Armin Nassehi und die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot diskutierten einen Abend lang über die neuen Herausforderungen an die Demokratie: Welche Rolle spielen freiheitliche Grundrechte in unsicheren Zeiten? Wie verständigt sich eine demokratisch verfasste Gesellschaft über geeignete und erforderliche Einschränkungen? Und wie wichtig ist Vertrauen in Politik und öffentlich-rechtliche Medien für die Akzeptanz von Grundrechtseinschränkungen in der Bevölkerung?

Die Schriftstellerin Dilek Güngör fragt sich in einem ergänzenden Essay, wie Menschen mit Migrationsgeschichte das vergangene Jahr erlebt haben – wirken sich doch die Einschränkungen und Herausforderungen durch die Pandemie je nach Lebensbedingungen sehr unterschiedlich aus. Und die Soziologin Teresa Koloma Beck untersucht die Frage, wie eigentlich kommuniziert wird und welche Formen und Modalitäten des Miteinander-Sprechens geeignet sind, um in der Bearbeitung von Problemen und Konflikten tatsächlich voranzukommen.

Formen des Austauschs suchen

Dieser zentralen Frage und einer Vielzahl von Formen der demokratischen Verständigung widmete sich die Abschlusstagung des Projektes am 29. April 2021 „Demokratie als Dialog. Neue Wege der historisch-politischen Bildung und gesellschaftlichen Selbstverständigung“. Bis zum Nachmittag wurde in drei Panels über verschiedene Formen der Bürger*innenbeteiligung diskutiert: Wo sind sie das Mittel der Wahl? Wo kommen sie an ihre Grenzen? Wer hat Zugang und wer nicht? Am Abend sprachen Stephan Detjen vom Deutschlandradio, die Künstlerin Elske Rosenfeld, die sich mit den Verfassungsfragen seit 1989 auseinandersetzt, Jana Michael als Leiterin der Migrantinnenselbstorganisation Tutmonde und Rouzbeh Taheri von der Initiative Deutsche Wohnen & Co entgegen! über Ansätze und Erfahrungen demo-

3

kratischer Einmischung, Partizipation und Verständigung.

Die Illustratorin Miriam Barton begleitete alle Veranstaltungen der Tagung mit einer Live-Visualisierung. Und der Historiker Konrad Szedat gibt in seinem Tagungsresümee einen Überblick über das vielfältige demokratische Repertoire, das es weiterzuentwickeln und auszubauen gilt.

Die Tagung am Ende des Projekts lässt sich auch als Ausdruck einer historisch gewachsenen Gesellschaft lesen, in der nach wie vor um die Demokratie als Lebensform, Partizipation, aber auch um die dafür notwendigen Institutionen und Formate gerungen wird. Neue Formen der demokratischen Verständigung zu erproben, wie es sich dieses von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Modellprojekt zum Ziel gesetzt hatte, war angesichts der Pandemie während des Projektzeitraums kaum möglich. Doch die teilweise sehr polarisierten Auseinandersetzungen um Corona-Politik und Grundrechte haben einmal mehr gezeigt, wie dringend es ist, eine demokratische Verständigung – auch jenseits von parlamentarischen Debatten – zu kultivieren. Dabei wird zugleich deutlich, dass die Zahl derer, die gemeinsam nach Lösungen für gegenwärtige Fragen suchen wollen, weit aus größer ist, als es im medialen Diskurs zuweilen scheint. Das direkte Gespräch, in dem Menschen einander auf Augenhöhe von Angesicht zu Angesicht begegnen, wird dabei immer unersetzlich bleiben.

— Berlin im Juni 2021

Und unter uns die Lava

Von: Christin Figl
Essaywettbewerb

Illustration: Johanna Benz

Christin Figl hat die Corona-Pandemie zum Anlass genommen, um zu hinterfragen, wie die derzeitigen gesellschaftlichen Spannungen am besten auszuhalten sind. Dabei ist sie exakt im Sprachbild geblieben: Von den hitzebeständigen Materialien des Maschinenraums über die geologischen Verhältnisse im Erdinnern denkt sie bis hin zu einer widerständigen Demokratie.

Fuerbeständig soll er sein. Große Hitze aushalten, Flammen widerstehen, bestenfalls warm werden. Nie mitfiebern, versengen, verbrennen. Der Maschinenraum der Demokratie.

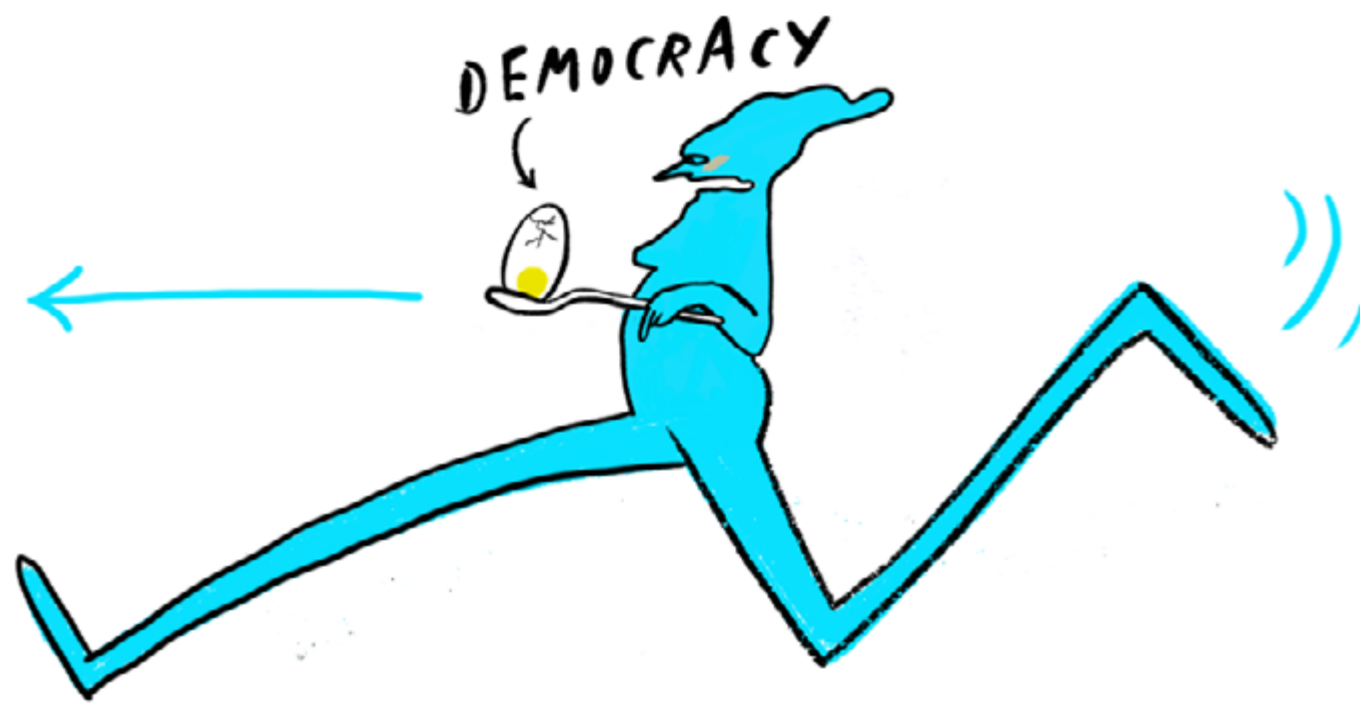
Eine schöne Vorstellung, so ein sicherer Ort, ein Raum, in dem das Triebwerk und alle essenziellen Einrichtungen gut geschützt sind. Aber kann Demokratie in einen solchen Raum gesperrt werden? Lebt sie nicht von Austausch und Dialog? Ist ihr Kern nicht per se schon immer verbunden mit dem Außen?

Die Notwendigkeit von Schutz, Beständigkeit und Sicherheit zerrt in die eine Richtung, der Wunsch nach Flexibilität, Mitbestimmung, Offenheit und Freiheit in die andere. Diskussionen verhärten die Lage, wenn Forderungen gegeneinander ausgespielt werden und das *Und* nicht mehr denkbar scheint. Ein *Entweder-oder* verstärkt die Spannung, lässt kaum Zwischenräume

offen, spielt Leben gegen Freiheit aus, Schutz gegen internationale Solidarität und spitzt die Positionen zu. Die Demokratie steht dazwischen, muss Vielstimmigkeit aushalten, sie nicht nur zulassen, sondern fördern und darf dennoch nicht zerreißen. Auch nicht in außergewöhnlichen Situationen.

Eine Lebenskrise wird in der Psychotherapie gerne als Chance gesehen. Wenn bisherige Problemlösungsstrategien nicht mehr greifen, bietet die Krise Lernmöglichkeiten, kann notwendige Veränderungen aufzeigen und Menschen im besten Fall gestärkt daraus hervorgehen lassen.

Es ist eine Krise, in der wir uns derzeit befinden, höre und lese ich oft und ich frage mich, wer sie als solche lebt und erlebt, die Ausnahmesituation. Bricht durch Corona plötzlich die Krise in den Garten am Stadtrand ein, in das Leben der pensionierten Ingenieurin, in das Büros des Professors? Vielleicht. Wahrscheinlich wird sie dort jedoch gut abgefedert durch Ressourcen, durch vorhandenen Raum, durch Geld und eine Vielzahl an Möglichkeiten. Ein ungebremseter Aufprall dagegen bricht mit voller Wucht ein, zerstört und gefährdet: Der gewalttätige Partner wird zum einzigen Sozialkontakt und zur ständigen Bedrohung, die Existenz des freiberuflichen Musikers bricht weg, die



alleinerziehende Mutter soll in der kleinen Stadtwohnung Kindergarten, Schule und Homeoffice unterbringen, die dringend notwendige psychotherapeutische Reha wird für den arbeitslosen Fremdenführer bis auf Weiteres verschoben. In Lars von Triers „Melancholia“ sind das Näherkommen und der Aufprall des fremden Planeten nicht mehr zu verhindern. In der jetzigen Situation dagegen ist es Aufgabe der Demokratie, den Aufprall abzufedern, auszubalancieren, um nicht die eigene Form zu verlieren.

Wie können wir sie nun schützen, die Demokratie, die stabil und beweglich sein soll, offen und zugleich geschützt?

Widerstandsfähige Materialien müssen nicht starr sein, viele geben dem Druck bis zu einem gewissen Grad nach und kehren dann in den Ausgangszustand zurück. Brücken müssen schwingen, damit sie die Belastung ausgleichen und sind dennoch stabil. Eine Demokratie kann sich nicht hermetisch abschließen, einsperren und schützen, sondern braucht immer auch das Korrektiv von außen und muss reagieren können.

Vielleicht braucht es keinen Materialraum, vielleicht reichen hitzebeständige, widerstandsfähige Materialien als Basis. Damit ausgestattet bleibt sie gut sichtbar, die

Demokratie, und kann sich der Ursache der Krise stellen, Lösungsstrategien entwickeln und aktiv auf Veränderungen eingehen.

Covid-19 katalysiert an vielen Stellen, beschleunigt, vergrößert und verstärkt damit bisherige Situationen – individuelle Lebensumstände wie politische Systeme. Verschleierte Strukturen werden sichtbarer, wenn Menschenrechte sich primär an Staatsbürger*innenschaft heften und der Schutz vor Covid-19 verebbt, wenn es um die Situation von geflüchteten Menschen geht. Patriarchale Strukturen treten hervor, wenn eine Riege an überwiegend weißen, männlichen Virologen, Politikern und Spezialisten das Sagen haben. Die Krise macht deutlich, wo Schwachstellen liegen, wo die Demokratie angreifbar wird, strauchelt und Nachbesserungen notwendig werden.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Doch wie kann sie gestärkt hervorgehen aus der Pandemie? Welche Chancen liegen in der derzeitigen Situation? Kann das *Und* gestützt und Vielstimmigkeit gelebt werden?

Dafür müssten die Demokratie sowie wie jede*r Einzelne in dieser schwierigen Situation gut aufeinander achten. Wir müssten Nein-Sagen lernen, wenn Grenzen massiv missachtet werden, für positive Erfahrungen sorgen und Neues ausprobieren. Statt sich zu isolieren, gilt es, Verbindungen zu fördern, positive Beziehungen zu stärken und sich gegenseitig zu unterstützen.

Menschen in Krisensituationen können problemorientiert den Stressauslöser herausfinden und die Ursache beheben sowie emotionsorientiert das eigene Verhalten und die damit einhergehenden Gefühle verändern. Der Auslöser dieser Krise ist bekannt, mögliche Impf- und Behandlungsmittel werden erforscht, die Ungewissheit, wie die nächsten Monate verlaufen werden und damit einhergehende offene Fragen bleiben jedoch.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wie kann Gerechtigkeit im Gesundheitssystem gewährleistet werden? Was braucht es für die Zukunft der Globalisierung und eine globale Verteilung von Gütern? Ist die Demokratie all diesen Fragen gewachsen? Schafft sie es, die Spannungszustände gut auszuhalten? Die Maßnahmen müssen dafür stets abgestimmt werden auf die sich verändernden Verhältnisse, alles muss im Fluss bleiben. Nur so können Schutz und Solidarität gewahrt werden, ebenso Vertrauen und Kontrolle, Sicherheit und Freiheit.

Auch tief unter uns ist es flüssig. Die Hitze im Erdinneren spüren wir selten, die schweren Stoffe sanken mit der Zeit hinein, leichtere Materialien kühlten außen nach und nach ab. Fest und flüssig, stabil und beweglich, widerstandsfähig und vulnerabel macht es uns die Erdkugel seit Jahrtausenden vor – das geht.

— Erschienen am 08.06.2020

Die Krise der einen ist der Alltag der anderen

Von: Iskandar Ahmad Abdalla
Essaywettbewerb

Illustration: Johanna Benz

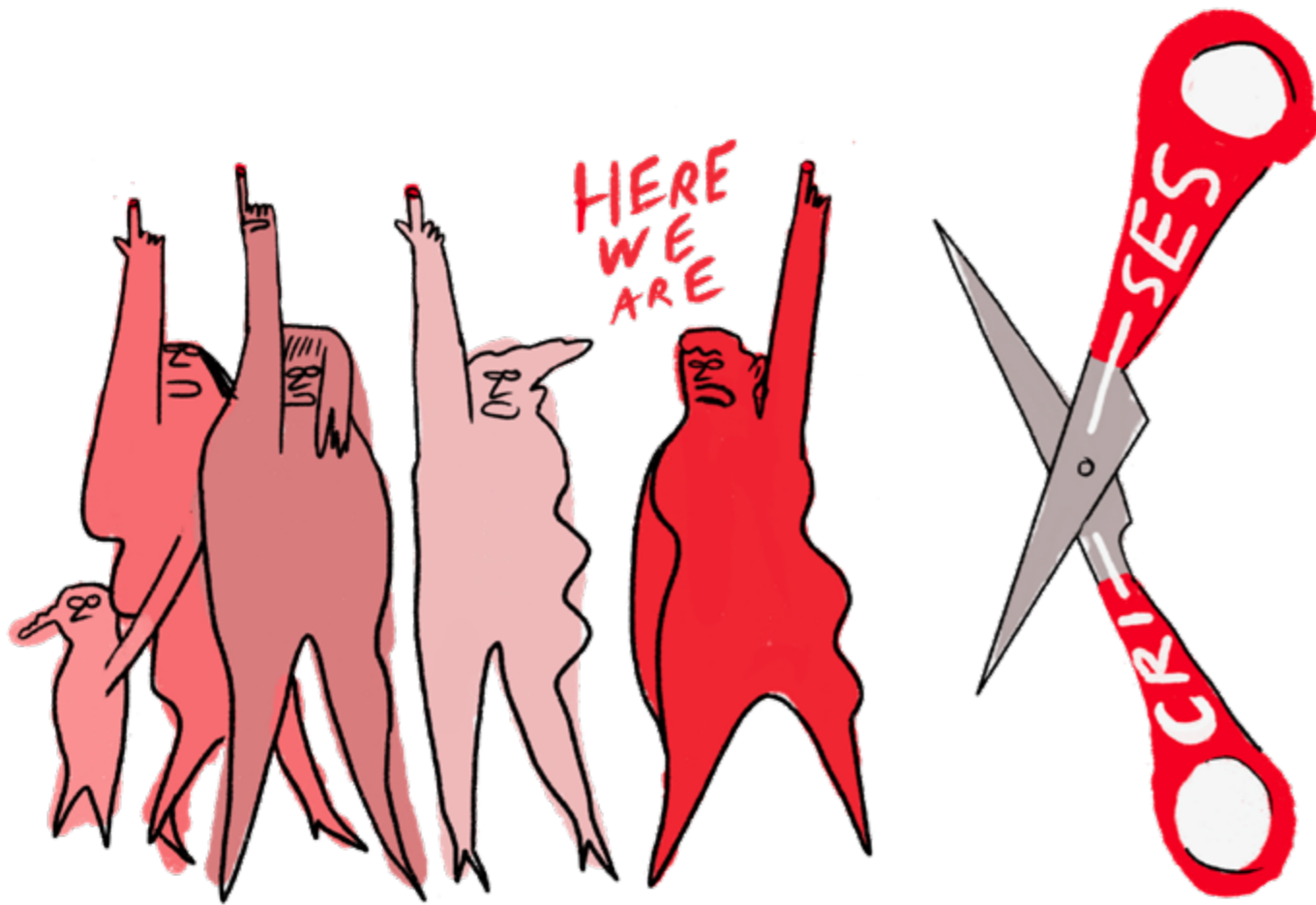
Die Angst vor dem Unbekannten, dem Unberechenbaren verbindet in Zeiten von Corona nahezu alle. Die Einschränkungen jedoch, unter denen die Gesellschaft derzeit leidet, kennen viele Menschen auch ohne Pandemie. Darüber, wer sich in Krisenzeiten Gehör verschafft und wessen Ängste im Vordergrund stehen, schreibt Iskandar Ahmad Abdalla.

Menschen werden derzeit also von täglichen Ängsten getrieben: der Angst, angesteckt zu werden oder andere anzustecken, der Angst um Nahestehende, Angst vor Arbeitslosigkeit, vor dem wirtschaftlichen Ruin, dem Verlust des Status, der Angst vor Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten. Werden unsere Freiheiten nach Covid-19 dieselben sein wie zuvor? Das fragen sich viele besorgt.

Ich frage mich das selber auch und hoffe auf ein „Jein“ als Antwort. Denn sicherlich vermisse ich die Kinos, die Kneipen, die Klubs und das gelassene Zusammensitzen mit Freunden in den arabischen Restaurants der Neuköllner Sonnenallee. Ich vermisse meine Uni und meine Arbeit. Bestimmt vermisse ich andere ganz ähnliche Dinge, wollen das Leben, so wie es war, weiterführen. Doch das heißt keinesfalls, dass dieses Leben für alle gleich gut, sicher und würdig war. Es bedeutet nicht, dass Angst im Leben aller eine ähnliche Rolle gespielt hat.

Hat „die Gesellschaft der Angst“, von der der Soziologe Heinz Bude in seinem gleichnamigen Buch schreibt, mit Covid-19 nun ihre entsprechende Kulisse gefunden?

Nichts mag bedrohlicher und unmittelbarer erscheinen als eine Pandemie. Denn wir können nicht wissen, ob oder wann sie aufhört. Für ihre Bekämpfung müssen Staaten Maßnahmen ergreifen, die unerwünschte Folgen haben werden. Und wie schwerwiegend diese Folgen ausfallen, kann uns noch niemand sagen.



Die feministische Philosophin Sara Ahmed lehrt uns einiges über die Angst. Angst bedeutet für sie nicht bloß ein Gefühl, sie ermöglicht auch Dinge, setzt Grenzen, trennt das Innen vom Außen, organisiert das Verhältnis von Körpern zueinander und zum Raum und regelt somit menschliche Kollektive und Zugehörigkeiten immer wieder neu.

Wie die Angst uns alle verbindet

Angst, so Ahmed, kann ein Instrument zur Bildung von politischen Allianzen und der Konstruktion von Feindbildern und Drohungen sein. Zu diesen Bildern gehören die „fortschreitende Islamisierung“ oder die „Migrantenflut“. Angst dient also unter anderem als „Technologie des Regierens“, bei der nicht selten emotionale Manipulation und falsche Projektionen eingesetzt werden.¹ Spannend an unserer gegenwärtigen Angst ist jedoch, dass sie weder auf nationalen, ethnischen oder kulturellen Mythen gründet noch auf bestimmte Länder oder Gemeinschaften begrenzt ist.

Sie ist allumfassend und global. Sie trifft Demokratien und Autokratien, reich und arm, Unterdrücker und Unterdrückte. Und paradoxerweise liegen hierin neue Möglichkeiten für unser Zusammenleben. Die Vehemenz, mit der die besorgte bürgerliche Mitte in Deutschland auf ihre Freiheitsrechte in der Krise pocht, ist nachvollziehbar. Freiheit ist im Grundgesetz verankert. Sie ist ein teures, schwer erkämpftes Gut und wert, verteidigt zu werden. Doch basiert das Einfordern jener Freiheit auf Teilansichten. Denn in der Tat galt diese Freiheit niemals für alle, vielmehr wurde sie für die einen häufig auf Kosten anderer bewahrt. Die zahlreichen Einschränkungen, die gerade unerwartet die Mitte der westlichen Wohlstandsgesellschaften treffen, sind für viele Menschen trauriger Alltag – ob in Gaza oder an der türkisch-griechischen Grenze. Selbst hier, mitten in Europa, war das öffentliche Leben, das nun vermisst wird, niemals für alle gleich zugänglich. Das freie, unbeschwerte Flanieren, dem viele jetzt nachweinen, ist für einige auch vorher keine Möglichkeit gewesen.

Für sie waren nationale und soziale Grenzen schon immer unüberwindbar – für etliche Schutzsuchende aus Kriegsgebieten,

für Träumer*innen aus dem globalen Süden, die im Westen nach einem gerechteren Leben suchten, für Menschen in der Diaspora. Die Ausgangssperren, die heute europäische Städte blockieren, erscheinen vielen Asylsuchenden, die nach dem Ankommen in Europa ihre Ortsgemeinde nicht verlassen durften, nicht allzu fremd. Auch das Gefühl, dass die Stadt einem nicht richtig gehört, dass man vermehrt auf sein Benehmen in der Öffentlichkeit, sein Verhältnis zu anderen achten muss, die Unsicherheit, die einen während eines Spaziergangs oder beim Einkaufen begleitet – all dies sind Dauererfahrungen, die das öffentliche Leben vieler Migrant*innen und nichtweißer Menschen prägen.

Was für einige die Krise ist, ist der Alltag der anderen. Was jedoch an der derzeitigen Krise besonders bleibt, ist, dass uns die Angst dieses Mal alle verbindet.

Heinz Bude führt die Angst moderner Gesellschaften auf einen „Optimierungswahn“ und eine „Lebenshaltung“ zurück, die „auf nichts verzichten will“². Damit bringt die aktuelle Angst vor der Pandemie neue Erkenntnisse ins Spiel. Denn Verzicht gilt derzeit als Beruhigungsmittel. Damit die Welt so bleibt, wie sie war, müssen wir Verzicht auf Privilegien und Freiheiten lernen. Verzicht kann aber auch zu einer Möglichkeit werden, endlich an all diejenigen zu denken, die sonst selten mitgedacht werden und die das, worauf heute alle verzichten müssen, auch vorher nicht hatten. Eine neue Sensibilität für Verzicht macht Menschen- und Freiheitsrechte in der jetzigen Situation nicht obsolet, sondern schützt sie davor, zum „Inbegriff heuchlerischen [...] Idealismus“³ zu werden, wie Hannah Arendt einst warnte. Selbstreflexion und Verzicht sollten dazu führen, dass die Zukunft in coronafreien Zeiten anders angestrebt wird als bisher. Damit die kommende Welt gerechter und freier wird. Für alle.

— Erschienen am 08.06.2020

- 1 Sara Ahmed, *The Cultural Politics of Emotions*, Edinburgh: Edinburgh University Press, 2004. Siehe das Kapitel über Angst „The Affective Politics of Fear“, S. 62–82.
- 2 Heinz Bude, *Gesellschaft der Angst*, Hamburg: Hamburger Edition, 2014, S. 96.
- 3 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München: Piper, 2001, S. 546.

Ein vernachlässigter Absatz

—
Von: Deike Janssen
Essaywettbewerb

Illustration: Johanna Benz

In Artikel 3, Abs. 2 des Grundgesetzes steht: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Deike Janssen schreibt, dass Frauen* seit Beginn der Corona-Pandemie dennoch viel zu wenig bei politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Dabei sind gerade sie von den Auswirkungen der Pandemie überdurchschnittlich betroffen.

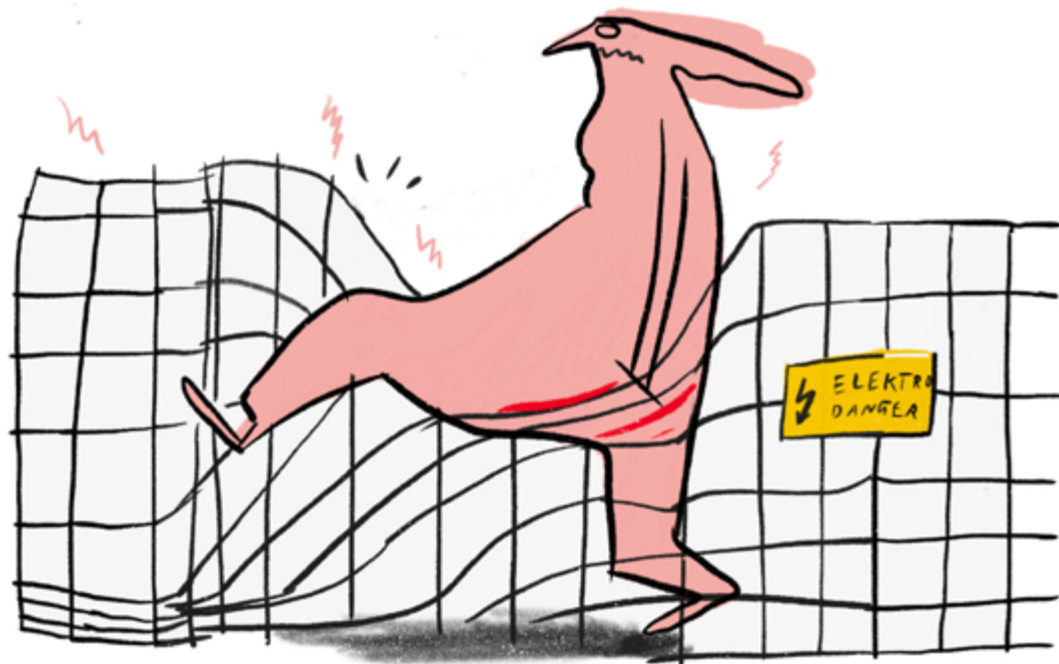
Die Einschränkung der Grundrechte zugunsten der Gesundheitsvorsorge ist unumstritten und rechtens. Fraglich ist jedoch, warum die Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie nicht auf grundlegende Freiheitsrechte hin gestaltet werden. Denn derzeit scheint es, als wirke der Staat nicht auf die tatsächliche Beseitigung von bestehenden Nachteilen während der Covid-19-Pandemie hin. Die aktuelle Krise hat bestehende Geschlechterungleichheiten nicht nur deutlicher sichtbar gemacht, sondern auch verschärft – ob es dabei um Lohngerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleichberechtigte/-verteilte Erziehungs- und sonstige Sorgearbeit, faire Arbeitsbedingungen oder Entlohnung in all den Berufen geht, die noch immer vorwiegend von Frauen* ausgeführt werden. Unterm Strich werden Frauen* derzeit in eigentlich überholte Rollenbilder zurückgedrängt. Doch warum ist das so?

Stimmen und Proteste von Frauen*, die in der aktuellen Krise für die Einbeziehung von Genderperspektiven eintreten, werden schnell durch das Argument abgewiegelt, die Situation sei einzigartig. Erstmal stünden die Gesundheitsversorgung, der Schutz des Lebens und der Wiederaufbau der Wirtschaft im Vordergrund. Es gehe schließlich um Leben. Wie in jedem Krieg, jeder Pandemie und jeder Katastrophe zuvor sind es exakt dieselben Mechanismen, die ein Zurückwerfen in patriarchalische Strukturen

erzeugen. Denn Frauen* werden in diesen Zeiten nicht nur systematisch benachteiligt, sondern sind auch evident stärker betroffen von Maßnahmen und deren Auswirkungen. Beispielsweise vom Anstieg häuslicher Gewalt, dem eingeschränkte Schutzangebote gegenüberstehen. Auch durch erhöhte ökonomische Abhängigkeit vom Partner, Verdienstauffälle oder Kündigungen. Vor allem, da Frauen überrepräsentiert sind im Niedriglohnsektor, etwa im Gastgewerbe oder im Tourismus, und dort oftmals in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind.

Grundrechte sollen Freiheiten schützen

Die Grundrechte sollen die Freiheiten von Bürgerinnen und Bürgern schützen. Wie also kann so ein wichtiges, im Grundgesetz verankertes, Recht auf Gleichberechtigung während der Covid-Pandemie einfach nicht mitgedacht werden? Vielleicht weil in der Krise – mal wieder – vor allem Männer an entscheidenden Positionen sitzen, vom Gesundheitsminister über die konsultierten Experten aller Fachrichtungen bis hin zu den wichtigsten Meinungsmachern in den Medien. Und weil sie den Paragrafen § 3 vielleicht schlicht und einfach vergessen haben. Vermutlich *wollen* die zuständigen Fachkräfte und Politiker Frauen* derzeit nicht systematisch benachteiligen, aber es waren schlichtweg zu wenig Frauen* selbst an ihren Entscheidungen beteiligt. So saßen in der Expertengruppe, die die Bundesregierung in ihrer Corona-Politik beriet, 24 Männer und zwei Frauen* mit dem Durchschnittsalter von sechzig Jahren.



Die Genderperspektive fehlt

Die verstärkten Nachteile, die dadurch für Frauen* entstehen, sind nicht gleich unmittelbar zu erkennen, weil hier eine systemisch-strukturelle Verschärfung bestehender Nachteile geschieht, keine ruckartige Verschiebung. Viele Frauen* scheinen in Zeiten der Krise – wenn auch unter Protest – vorerst mehr oder weniger freiwillig auf ihr Grundrecht zu verzichten. Sie scheinen es hinzunehmen, weil ihr gesamtes Handeln systemerhaltend ist und ihr gesellschaftlicher Beitrag traditionell als Selbstverständlichkeit gilt.

Dabei sind Frauen* diejenigen, die während der Pandemie dringender gefragt sind denn je. In den sogenannten systemrelevanten Berufen – im Krankenhaus und im Lebensmittel Einzelhandel – machen sie über 70 Prozent der Beschäftigten aus, in Kindergärten und Vorschulen sogar über 90 Prozent. Das sollte nicht nur anerkannt, sondern auch gewürdigt werden, zumal die Mitarbeitenden in diesen Bereichen jetzt noch gebraucht und betroffener sind als sonst. Die Covid-19-Pandemie betrifft alle Menschen, ein Virus macht keinen Unterschied zwischen Geschlecht, Gender, Hautfarbe, Klasse oder Religion. Aber die Maßnahmen und Restriktionen und die damit verbundenen Krisen und Infektionsraten treffen nicht alle gleich, sondern besonders die Gruppen, die unter normalen Bedingungen schon benachteiligt sind. Deswegen fordert das Grundgesetz eben auch nicht Gleichheit für alle, sondern Gleichberechtigung.

Ein Beispiel: Wenn durch eine Pandemie öffentliche Dienstleister wie Schulen und Kitas schließen, sinkt nicht der Bedarf an dieser Arbeit, sondern er wird verlagert – und zwar wie seit jeher auf Frauen*, mit samt allen negativen Auswirkungen auf deren Berufstätigkeit oder Freizeit. Das geschieht nicht, weil jede einzelne Frau* sich individuell dazu entscheiden würde, diese Aufgaben heroisch zu übernehmen, sondern weil diese Art der Arbeitsteilung für unser System immanent ist. Genau hier wird die fehlende Genderperspektive in der Beschließung mancher Maßnahmen sichtbar: Eine Expertengruppe, die sich nichts anderes vorgestellt hat als ein dichotomes Mann-Frau-Modell, verfehlt die Realität, in der Frau* derzeit fast automatisch in traditionelle Rollenbilder zurückgedrängt wird. Absatz 2 des Artikels 3 des Grundgesetzes basiert auf der Annahme, es gäbe ein repräsentatives Wissen über Perspektiven, Strukturen und Systematik der bestehenden Nachteile. Tatsächlich aber führt das Fehlen von gesellschaftlicher und regulatorischer Macht von Frauen* dazu, dass ihre Bedürfnisse und Perspektiven noch immer kaum gehört werden. Ein Lösungsweg für dieses Phänomen liegt auf der Hand: Um das Fehlen von Perspektiven zu beheben und genderspezifische Themen sichtbar zu machen,

müssen Frauen* angemessen in politischen Entscheidungsprozessen repräsentiert und daran beteiligt werden.

Doch es geht um mehr als nur das Aushandeln und Entscheiden von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Es geht nicht nur um den langsamen Prozess der realen Gleichstellung der Geschlechter und die Zeit nach der Pandemie. Auch nicht ausschließlich um unbezahlte Care-Arbeit und geschlechterbasierte Ungerechtigkeiten. Die ‚bestehenden Nachteile‘, die das deutsche Grundgesetz nennt,¹ sind, vor allem in internationalem Maßstab, weitaus tragischer und extremer. Frauen* sind weltweit überproportional von Sterblichkeit und Erkrankungs-raten in Pandemien betroffen.² Diese Tatsache wurde bisher bei der Covid-19-Pandemie noch nicht festgestellt, aber die Annahme, die Infektionen beträfen Männer und Frauen* gleichermaßen, ist fatal. Denn dadurch werden die Daten in und nach der Pandemie nicht nach Geschlechtern aufgeschlüsselt, so dass geschlechtergerechte Schutzkonzepte und Ungleichheiten noch weniger Beachtung finden. Dabei erledigen Frauen* nicht nur mehr unbezahlte Care-Arbeit, sondern sind auch traditionell eher dort im Einsatz, wo ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht. Als Putz- und Waschkraften, in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Supermärkten, der Notbetreuung von Kindergärten und Grundschulen sind sie überproportional vertreten und dadurch dem Risiko derzeit am stärksten ausgesetzt.

— Erschienen am 09.06.2020

- 1 Art. 3 Abs. 2 GG lautet vollständig: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“
- 2 Siehe beispielsweise die Ebola-Epidemie in Liberia: 75 Prozent der an der Krankheit Verstorbenen waren Frauen, in Sierra Leone bis zu 60 Prozent. Vgl. Jina Moore, Ebola Is Killing Women In Far Greater Numbers Than Men, BuzzFeedNews 20.8.2014. Unter: <https://www.buzzfeednews.com/article/jinamoore/ebola-is-killing-women-in-far-greater-numbers-than-men> (abgerufen am 10.05.2020)

Eine Frage des Privilegs

—
Von: Büsra Delikaya
Essaywettbewerb

Büsra Delikaya plädiert für einen Freiheitsbegriff, der tatsächlich alle Menschen umfasst. Sie glaubt, dass durch Corona die Widerstandsfähigkeit gesellschaftlicher Solidarität auf die Probe gestellt wird. Und dass wir uns dringend mit der Kluft zwischen den sozialen Klassen beschäftigen müssen.

Die letzten Wochen und Monate sind eine so vehemente Verwirklichung des modernen Krisenbegriffs, dass wir auch unseren gesellschaftlichen Verbleib neu diskutieren mussten. Es galt immens viel abzuwägen, zu debattieren und besprechen, zu diskutieren und befragen. Zweifeln und Aufklären waren gegenläufige Begleiter. Stündlich hangelte man sich von einem Dissens zum anderen. Und mittendrin das ewige Warten.

So verstrich die anfängliche Spannung und das Absitzen der unabsehbaren Zeit vor der ersehnten Normalität ließ eine träge Akzeptanz aufkommen. Es war von Anfang an ein Zustand jenseits der Normalität, in dem wir nun seit geraumer Zeit durch vage Tage schaukeln. Das gewohnte Leben bleibt vielerorts noch immer aus, die neue Norm besteht aus immer neuen Umstrukturierungen. Noch immer werden auf regelmäßigen Pressekonferenzen Regierungsbeschlüsse verlautbart. Ständig melden sich politische Akteure über soziale Medien zu Wort, während amtierende Abgeordnete die Ein- und Ausführung einzelner Maßnahmen diskutieren. Kinder gehen inzwischen immerhin tagewei-

se wieder in Kitas und Schulen, Spielplätze haben gerade erst wieder geöffnet, die Gastronomie strauchelt – und es fühlt sich noch immer so an, als wäre vor das rege Leben Berlins ein Riegel geschoben worden.

Dieser Tage schienen vor allem politische Vakanz und Verdrossenheit an Bedeutung zu verlieren. Nicht aber die Pluralität der Bevölkerung, auch nicht die Transparenz politischen Handelns, noch weniger aber der Raum für Debatten: Öffentlich und privat werden die Verhältnisse unter stets neuen Vorzeichen diskutiert. Erleichtert kann man beobachten, dass die Presse sich dem Thema in oftmals fundierten wie kritischen Beiträgen widmet. Es waren Journalist*innen, die sich von Beginn der Krise an in nüchterner Betrachtung und mit kritischem Ton an die Öffentlichkeit wandten, um vernachlässigten Diskursen mehr Reichweite zu verschaffen. Um konträre Perspektiven nachzuzeichnen, ja auch, um für Vorsicht und Besonnenheit im Umgang mit den durch Corona bedingten Entwicklungen zu plädieren. Es waren auch Journalist*innen, die strikte Forderungen nach sofortigen Ausgangssperren anmahnten, als sich nicht wenige Bürger*innen einer Panikstimmung hingaben.

Doch sah es teilweise auch so aus, als fühlte sich die staatliche Autorität mit einem Freifahrtschein ausgestattet. Videosequenzen, die größere Gruppen im öffentlichen Raum zeigten und als Rechtfertigung für deren Ächtung dienten, landeten zuhauf im Netz. Ebenso Fotos von Menschen ohne Masken und mit nicht anonymisiertem Gesicht, damit zu sehen war, wer sich auf welche Weise nicht an Regeln hielt. Diese Bilder wirkten wie virtuelle Zeigefinger, die

sich über die Timelines etlicher User*innen zogen, um nichts als destruktive Diskussionen zu forcieren – ähnlich schrill wie all die Menschen, die für eine allgemeine Ausgangssperre lautstark in den Vordergrund traten. Mit Blick auf die außergewöhnlichen Umstände war das zwar nachvollziehbar, aber – so entschied die Regierung letztendlich – nicht gerechtfertigt. Neben Journalist*innen und den Stimmen besonnener Bürger*innen war es die Bundeskanzlerin selbst, die implizit zum kritischen Denken anhielt. Die sich expressis verbis für die Einführung von Maßnahmen unter genauer Abwägung ihrer Dringlichkeit aussprach.

Erwartungen an die Politik stiegen parallel zum Verlauf der Kurve an. Sobald diese abflachte, hielten viele die Krise fälschlicherweise für überstanden. Fortwährende Maßnahmen wurden lästig, erschienen unnötig, wurden von Dilettant*innen willkürlich verfälscht. Die auf bürgerliche Freiheiten bedachte Wachsamkeit über politisches Handeln begann von kruden Verschwörungstheorien überschattet zu werden. Parallel entstand ein ausgeprägter Gegenpol, der in konspirativen und meist rechten Ideologien kulminierte.

Tatsächlich besteht nun die Gefahr, berechnete und für eine Demokratie überlebenswichtige Kritik (z. B. gegenüber Tracking-Apps) nur als Produkt von Ignoranz und Bildungsferne wahrzunehmen. Diese fehlende Genauigkeit führt nicht allein dazu, dass der politischen Mündigkeit einzelner Bürger*innen Unrecht getan wird. Es relativiert auch den sozial übergreifenden Zulauf im Verschwörungsmilieu. Denn nicht immer sind es bildungsferne Bürger*innen, die den sogenannten Theorien über Gates & Co. Glauben schenken. Es sind auch Menschen, die Zugang zu fundiertem Wissen und aufklärerischen Ideen haben. Konspirative Bewegungen ziehen ihre Kraft oft schlicht aus bestimmten Feindbildern, die historisch-kontextuell immer wieder changieren.

Auf das Grundgerüst der Demokratie setzen

Das Fundament einer resilienten Gesellschaft aber bleibt die Bereitschaft zu einem am Gemeinwohl orientierten, kollektivistischen Denken. Zu einer Demokratie gehört neben dem Pluralismus auch ein mehr oder weniger einheitliches Wertesystem. Und die Aufgabe eines freiheitlich-demokratischen

Landes ist es nicht, ausnahmslos jeden *mitzunehmen*, sondern nur diejenigen, die gemeinsame Grundsätze achten, anstatt durch stereotypisierende Haltungen Fronten zu eröffnen und zu verhärten.

Ein gegen Geflüchtete hetzender Popsänger wie Xavier Naidoo, der den ohnehin unaufhörlich wachsenden Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus befeuert, bedient sich nicht der Meinungsfreiheit zugunsten der Demokratie, sondern des Populismus zugunsten rechter Ideolog*innen. Gänzlich Misstrauen gegenüber der Regierung bedeutet eine Kehrtwende in Richtung identitärer Strömungen – das Auffangbecken für politische Verbitterung und ideologischen Hass schlechthin. Doch Deutschland ist beileibe kein Land, das sich einen Aussetzer im Denken von Gemeinschaftlichkeit leisten kann, erst recht kein Verlassen der demokratischen Grundhaltung.

Derzeit wird hier mit Begriffen wie Diktatur und Regime um sich geworfen, in einem Land, das zwischen 1933 und 1945 den schlimmsten Auswüchsen einer Diktatur Raum gegeben hat. Mit Angst vor „Zwangsimpfungen“ und anderen Repressalien wird bei Demonstrationen gegen einen angeblich neu erwachenden Faschismus argumentiert. In einem Land, das sich in jüngster Vergangenheit in den öffentlichen Reaktionen auf rechtsextreme Angriffe in Halle und Hanau an Unbeholfenheit nicht überbieten ließ.

Ein weiteres, großes Problem scheint mir der symptomatische Egoismus zu sein, der dringend überwunden werden muss. Denn ob wir wollen oder nicht: Wir sind Teil eines großen gesellschaftlichen Kollektivs. Vertrauen in die Politik heißt nicht, passiv zu bleiben und den eigenen Verstand auszuschalten. Vertrauen in die Politik heißt, auf das Grundgerüst der Demokratie zu setzen und die Entwicklungen in ihrem Namen zu beobachten und mitzugestalten. Demokratie schließt Partizipation nicht aus, sie beruht darauf. Genauso wie sie auf vernunftbasierten Entschlüssen beruht. So werden Grundrechte nicht gegeneinander ausgespielt, wenn das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Versammlungsfreiheit vorgezogen wird. Sie werden gegeneinander abgewogen und nach Verhältnismäßigkeit priorisiert.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder wurde für die von vielen als rechtzeitig und angemessen strikt wahrgenommenen Maßnahmen im Übermaß gerühmt. Vergessen war seine erzkonservative Haltung zu kontroversen Themen, auch seine geringgeschätzte Umschreibung der Situation

von Flüchtenden, die er in einem Statement von 2018 mit „Aslytourismus“ umschrieb. Erst vor drei Monaten stellte Söder sich entschieden gegen die Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland in Deutschland. Inzwischen sind es fast 40.000 Menschen, die auf griechischen Inseln unter unwürdigen Bedingungen zwischen Ungewissheit und Angst ausharren.

Der Grund, weshalb Politiker*innen wie Söder innerhalb der Krise trotz allem gefeiert werden, geht mit der *Neuen Sozialen Frage* einher. Die Frage, die sich für gewöhnlich hierzulande stellt, ist die nach Freiheit und Sicherheit für deutsche Bürger*innen, nicht aber die nach einem allumfassenden Freiheitsbegriff. Nach diesem wird kaum gesucht, es scheint den meisten zu genügen, wenn die eigene Freiheit und Sicherheit gewährleistet sind. Wer aber bleibt dabei auf der Strecke? Wenn diese Frage zweitrangig bleibt, dann sehe ich die demokratischen Werte Gefahr laufen, durch Hierarchien abgelöst zu werden, in denen beispielsweise Heimatlose und Menschen ohne oder mit nur schlecht bezahlter Arbeit keine Stimme haben und den Privilegiertesten das Mikrofon gereicht wird.

Stumm bleiben wieder einmal die sozial Unsichtbaren. Stumm sind sie auch geblieben, als sie buchstäblich beklatscht wurden, weil sie in den vergangenen Wochen eine Arbeit taten, deren Bedingungen jahrelang zu Recht Streikwellen auslösten. Sichtbar waren sie nur dort, wo die Mitte der Gesellschaft Galionsfiguren für die zermürbende Krise brauchte. Kaum beachtet wurden und werden darüber die sozialen Realitäten von Alleinerziehenden, vereinsamten Älteren oder Frauen in Gewalتهen. Von Obdachlosen, unterbezahlten Schichtarbeiter*innen oder psychisch Erkrankten. Auch nicht die der sogenannten „Gastarbeiter*innen“, die noch immer Schwerstarbeit verrichten und wie viele andere keine Aussicht auf Homeoffice haben – womöglich nicht einmal mehr Aussicht auf künftige Arbeit. In Zeiten der Krise wird nicht nur die Widerstandsfähigkeit von Solidarität und Gemeinschaft auf die Probe gestellt, sondern eben auch die Kluft zwischen den sozialen Klassen deutlich. Und vor allem das muss uns dieser Tage beschäftigen.

— Erschienen am 15.06.2020

Einfach mal zuhören

Von: Laura Maria Niewöhner

Fotos: Bahar Kaygusuz

Kurz vor den Kommunalwahlen in NRW diskutierten im Herbst 2020 Jugendliche und junge Erwachsene bei der WIR MACHEN DAS-Veranstaltung „Du hast die Wahl!“ über Volljährigkeit, Staatsbürgerschaft und Wahlen.



Das Veranstaltungsteam vor dem Gemeindehaus Heepen: Anja Voigt, Daniel Marchand, Felix Tiemann, Uta Rüchel und Lama Al Haddad

Es ist ein später Freitagnachmittag, das Wochenende naht und die Sonne scheint. Auf den ersten Blick wenig gute Gründe, um sich mit Politik zu beschäftigen. Doch die 22 Teilnehmer*innen der Veranstaltung „Du hast die Wahl!“, die gerade im Gemeindehaus in Bielefeld Heepen ankommen, scheinen das anders zu sehen. Interessierte Erwachsene treffen hier heute auf Jungen und Mädchen zwischen 16 und 21 Jahren, die allein oder in Begleitung von Mitarbeiter*innen der örtlichen Jugendzentren gekommen sind. Es soll eine Begegnung auf Augenhöhe werden,

die der Hotspot Heepen hier ausrichten will. Denn der Fokus liegt auf den individuellen Perspektiven und Fragen der jungen Leute: Was motiviert Euch zur Wahl zu gehen? Ist Wählen ein Grundrecht für alle? Welche Rolle spielen Alter und Staatsbürgerschaft? Diese Themen wurden zunächst in großer Runde und anschließend in Kleingruppen intensiv diskutiert.

Das Grundgesetz ist für die Bundesrepublik Deutschland von großem Wert, darin waren sich alle Teilnehmer*innen einig. Allerdings wurde gleich zu Beginn deutlich, dass nicht jede*r gleichermaßen damit vertraut ist. Zunächst teilten die Anwesenden ihre Erfahrungen eher zögerlich mit der Gruppe. Einige waren erst in Jugendzentren mit dem Grundgesetz in Berührung gekommen, während andere sich bereits in Schule oder Universität ausführlich damit auseinander-



Im Gespräch mit den Teilnehmenden

gesetzt hatten. Doch unabhängig vom unterschiedlichen Wissensstand: Alle sahen es als starke Säule des Zusammenlebens in Deutschland an – als gemeinsamen Werte- und Normenkanon, der von jeder*m Bürger*in respektiert werden sollte.

Ähnlich wichtig schien den Jugendlichen das Thema Wahlen zu sein. Nach anfänglicher Schüchternheit erzählten sie, dass die meisten von ihnen schon einmal gewählt hatten. Bei einem Rundgang durch die Räumlichkeiten löste sich die Zurückhaltung dann endgültig auf. Auf einmal diskutierten die jungen Wähler*innen, warum sie ihr Wahlrecht genutzt hatten, was sie dazu motiviert hatte, wählen zu gehen und welche Fragen sie zum Thema hatten. Viele erzählten von dem besonderen Erlebnis, Politik aktiv mitgestalten zu können. Aber auch von der ‚moralischen Pflicht‘, die Wahl als essentiellen Bestandteil des eigenen Demokratieverständnisses zu begreifen. Einem Mädchen schien ‚Wählen gehen‘ so selbstverständlich wie Zähneputzen. Und mit Blick auf die Proteste in Belarus wurde allen Teilnehmer*innen klar, dass freie Wahlen keinesfalls eine Selbstverständlichkeit sind.

Vielen ging es gerade deshalb auch um die persönliche Identifizierung mit den Parteien. Sie bräuchten keine VIPs, die via Twitter zur Wahl aufriefen, befanden sie einstimmig. Einzig ein Mädchen hätte sich über eine

Wahlaufforderung von den Musikern ‚Die Ärzte‘ gefreut, weil sie deren Meinung teile und sich mit den Songs identifizieren könne. Trotzdem ging es auch ihr vor allem darum, mit gutem Gewissen hinter den politischen Inhalten ihrer Wahl zu stehen.

Als offene Fragen formulierte die Gruppe, warum sich so wenig Jugendliche an Wahlen beteiligen und wieso es kaum junge Politiker*innen gebe. Auch haderten sie mit dem Eindruck, Politiker*innen seien oft unehrlich. Und damit, dass die Umwelt noch immer ein zweitrangiges Thema sei.

Als Möglichkeiten, sich selbst politisch zu engagieren und Einfluss zu nehmen, sahen sie neben Wahlen und Demonstrationen – etwa zu Themen wie *Black Lives Matter* – auch das Internet. Insbesondere Youtuber*innen inspirierten sie dazu, politische Botschaften in *Social Media*-Beiträgen kritisch zu hinterfragen und sich selbst dazu zu positionieren. Mehrere Jugendliche fühlten sich von den politischen Positionen des blauhaarigen Youtubers Rezo angesprochen. Seinem Beispiel folgend fingen sie nun selbst an, ihre Überzeugungen zu entwickeln.

Wahlalter und Wahlrecht

Im Anschluss an das Gespräch in großer Runde wurde in Kleingruppen über die Voraussetzungen für das Wahlrecht und politische

Mitgestaltung diskutiert – manche Gruppe vergaß darüber die Zeit. Alle Jugendlichen fanden, dass das Wahlalter auch auf Bundesebene auf 16 Jahre herabgestuft werden sollte. Viele junge Menschen wären reif genug, sich politisch zu artikulieren und je früher sie Verantwortung übernähmen, desto mehr Verantwortungsbewusstsein würden sie auf Dauer gegenüber ihren Mitmenschen entwickeln. Einstimmig genervt zeigten sie sich von den stetigen Zweifeln älterer Generationen an der Entscheidungs- und Verantwortungskompetenz von Jugendlichen.

Eine Anpassung der Strafmündigkeit bei einer Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre sahen sie dagegen eher kritisch. Man müsse Fehler machen und daraus lernen dürfen, sagte ein Junge, was schnell Zustimmung fand. Als Jugendliche*r träfe man manchmal eben Fehlentscheidungen und probiere sich aus, ohne sich über die Konsequenzen bewusst zu sein. Daher sahen die Teilnehmenden ein altersabhängiges Strafrecht als Chance für einen Neustart, „um von der schiefen Bahn wieder wegzukommen.“

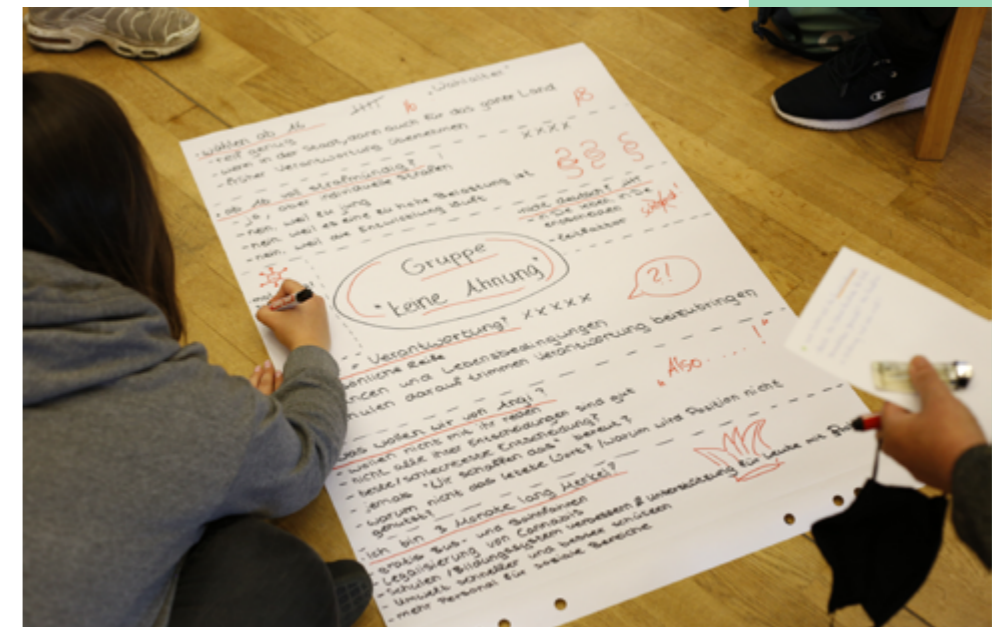
Auseinandersetzung mit Rassismus, Sexismus und Menschenrechten

Kritisch sahen sie auch den Umstand, dass das derzeitige Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft geknüpft ist. Um Exklusion und mögliche Diskriminierung zu vermeiden,

plädierten sie dafür, das Wahlrecht auf diejenigen auszuweiten, die bereits eine lange Aufenthaltsdauer und gewisse Sprachkompetenzen aufwiesen. Der Onkel eines Teilnehmers wohnt seit mehr als zehn Jahren in Deutschland, hat hier seinen Lebensmittelpunkt, spricht fließend Deutsch und darf nach wie vor nicht wählen. In dem Jungen weckt das großes Unverständnis. Aus Beispielen wie diesen entspann sich schließlich auch ein Gespräch über Rassismus, Sexismus, Menschenrechte – und über die teuren Nahverkehrspreise, welche die Jugendlichen gerne mal in ruhiger Minute mit Angela Merkel besprechen würden.

Jugendlichen und jungen Erwachsenen einfach mal zuzuhören und ihre Perspektiven einzufangen, das hat an diesem ersten Veranstaltungstag ausgesprochen gut funktioniert. Die lockere Atmosphäre hat – trotz Sicherheitsabstand – bestimmt dazu beigetragen, dass sie sich drei Stunden lang mit abstrakten Fragen auseinandergesetzt haben. Vielleicht aber auch die Aussicht, dass die gesammelten Informationen und Diskussionsergebnisse am Ende der Veranstaltungsreihe an die Parteien und zuständigen politischen Einrichtungen übergeben werden. Auf dieser Basis konnten sie politische Vorstellungen nicht nur entwickeln. Sondern auch Gehör damit finden.

— Erschienen am 17.09.2020



Warum Wählen nicht alles ist

Von: Claudia Gatzka

Foto: Harris & Ewing Collection / Library of Congress

Das Wahlrecht zeigt an, wer zum politischen Gemeinwesen dazugehört. Doch inhaltlich mitgeredet wird an der Wahlurne nicht. Dafür braucht es direktere Kanäle – am besten zu den Abgeordneten.

Wählen ist in der Demokratie symbolisch wichtig, weil dadurch die Teilhabe an der politischen Gemeinschaft zum Ausdruck kommt. Es schließt ein und zugleich aus, indem es festlegt, wer vom Prinzip der Volkssouveränität Gebrauch machen darf und wer nicht. Es zeigt an, wer „dazugehört“. Die Kriterien dieser Zugehörigkeit jedoch sind veränderbar: In der Bundesrepublik wurde das Wahlalter 1970 von 21 auf 18 Jahre gesenkt (in der DDR durfte man bereits mit 18 wählen); das Kommunalwahlrecht wurde 1992 für EU-Ausländer*innen geöffnet.

Auch derzeit gibt es keine formalen Gründe, am aktuellen Mindestwahlalter von 18 Jahren festzuhalten, und es gibt keine staatsrechtliche Notwendigkeit, das Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft – anstatt an den Wohnort oder die Arbeitsstätte – zu binden. Und tatsächlich wird es problematisch, wenn die Relation zwischen Wohnbevölkerung und Wahlberechtigten in eine Schiefelage gerät. Ob das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung gewahrt ist, wenn in einzelnen migrantisch geprägten Gemeinden die Hälfte der Einwohner*innen nicht wählen darf, ist fraglich. Wenn der Wunsch nach Wahlrecht artikuliert wird, etwa in Wahlrechtsdemonstrationen, die es in Deutschland seit Beginn des 20. Jahrhunderts gab,

Das Wahlrecht ist das grundlegendste Teilhaberecht in der parlamentarischen Demokratie. Doch Wählen ist nicht die einzige Möglichkeit, sich politisch zu engagieren – und das ist gut so. Denn ein beträchtlicher Teil der Menschen, die in der Bundesrepublik leben, ihren Regeln und Gesetzen unterworfen sind, dürfen nicht wählen. Das Wahlrecht ist nämlich an zwei Bedingungen gebunden: die Volljährigkeit und die Staatsbürgerschaft. Und selbst für jene, die wählen dürfen, stellt der Wahlakt eine zwar bedeutsame, aber vergleichsweise passive Form der Mitsprache dar.



Anspruch auf Repräsentation: Frauen erkämpfen vor 100 Jahren ihr Wahlrecht in den USA.

ist es für Staaten eigentlich immer opportun, dem nachzugeben. Denn mit dem Anspruch auf Repräsentation ist ja immer auch ein Bekenntnis zum politischen Gemeinwesen verknüpft, das Wertschätzung verdient.

Es geht um Repräsentation

Und doch ist Wählen nicht alles, wenn es um politische Mitbestimmung geht. In der parlamentarischen Demokratie geht es beim Wählen ohnehin vorrangig um Repräsentation: Per Wahl entscheiden die Wahlberechtigten, wer sie für eine absehbare Zeit im Kommunal-, Landes- oder Bundesparlament vertritt und dort in ihrem Namen abstimmt. Wählen ist also lediglich die Delegation von Mitbestimmung, aus dem Wahlakt leiten sich keine weiteren Rechte für die Wählenden ab. Ein Kreuz auf einem Stimmzettel sagt noch nichts über die Motive, Wünsche, Haltungen und Bedürfnisse der Wählenden aus. Ob Inhalte angesichts der seit Jahrzehnten anhaltenden Personalisierung von Politik bei der Wahlentscheidung überhaupt eine nennenswerte Rolle spielen, wird in der Wahlforschung schon lange angezweifelt.

Gerade politisch interessierte Wähler*innen und Menschen, die es werden wollen, haben klare Sachfragen vor Augen, über die sie durch Wahlen mitbestimmen wollen. Doch der Einfluss der Personalisierung von Politik zeigt sich heute unter anderem darin, dass junge Menschen ausgerechnet mit der Bundeskanzlerin über Themen wie die teuren Nahverkehrspreise diskutieren wollen. Die Bundeskanzlerin ist dafür aber gar nicht zuständig, und vor allem wird sie nicht vom Volk gewählt: Es sind Bundestagsabgeordnete, die in Deutschland gewählt werden, und diese bestimmen dann nach den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag die Regierungschefin oder den Regierungschef.

Wie sehr junge Menschen heute an diesen Verhältnissen vorbei die Exekutive im Blick haben, zeigt sich auch bei Rezo. Er adressiert auf YouTube die große Politik, die Parteivorstände und das Bundeskanzleramt – nicht jedoch jene politischen Instanzen, über die er und andere Wähler*innen abstimmen könnten: Kommunal-, Landtags- und Bundestagsabgeordnete. An sie müssten wir uns wenden.

Wie kommt es, dass die wahren Repräsentant*innen bei ihren Wähler*innen, vor

allem bei den jungen, so wenig bekannt sind? In den 1960er und 1970er Jahren war das noch anders. Damals bemühten sich die Wahlkreiskandidat*innen intensiv, auf Wahlveranstaltungen, in Kneipen, an Haustüren, auf der Straße und per Brief mit ihren Wähler*innen ins Gespräch zu kommen. Vor allem die Lokalpresse, damals noch das wichtigste Medium für die Wählenden, machte die Kandidat*innen bekannt. Das Internet und die sozialen Medien bieten heute theoretisch noch bessere Kommunikationsmöglichkeiten, und manche Abgeordneten nutzen Twitter auch schon intensiv, um sich ihren Wähler*innen mitzuteilen. Doch künftig müsste es auch darum gehen, die Menschen aus dem Wahlkreis selber sprechen zu lassen, ob mit oder ohne Wahlrecht: über ihre Wünsche und Sorgen, vor allem aber über ihre Einschätzungen zu den politischen Fragen, die im Bundestag behandelt werden.

Deutschland ist mit einer responsiven Demokratie aber wenig vertraut. Das Grundgesetz verpflichtet die Gewählten eben gerade nicht darauf, den Willen der Wähler*innen umzusetzen. Abgeordnete sind nur ihrem Gewissen verpflichtet, sie sind nicht gebunden an inhaltliche Aufträge und unterliegen auch nicht irgendeiner Kontrolle. Faktisch jedoch binden sie sich längst, und zwar an die Direktiven ihrer Parteien. Faktisch unterliegen sie auch durchaus einer Kontrolle, und zwar durch die Parteibasis, die in ihrem Wahlkreis darüber entscheidet, ob sie eine*n Abgeordnete*n wieder als Kandidat*in aufstellt oder nicht.

Alternativen der politischen Mitbestimmung

Für Wähler*innen ohne Parteibuch sind solche Feedbackschleifen in der repräsentativen Demokratie nicht vorgesehen. Auch der Stimmzettel enthält keine Kommentarfunktion, durch die Wähler*innen mitteilen könnten, was sie an ihren Repräsentant*innen gut fanden und was schlecht. Es ist den Abgeordneten überlassen, außerparteiliches Feedback aus ihrem Wahlkreis einzuholen.

Was Wahlberechtigte wie Nicht-Wahlberechtigte schon jetzt tun können, um mehr Mitsprache zu üben, ist, in eine Partei einzutreten. Gerade junge Menschen und Migrant*innen sollten darüber nachdenken, denn dort können sie politisch Einfluss nehmen, ohne über ein Wahlrecht zu verfügen – jedenfalls bei den meisten Parteien. Abgeord-

nete*r werden können sie über diesen Weg jedoch nicht. Denn um gewählt werden zu können, ist das passive Wahlrecht unabdingbar.

Weil unsere Demokratie auch den Wahlberechtigten bei der Mitsprache enge Grenzen setzt, sind alternative, zivilgesellschaftliche Partizipationsräume so wichtig. Hier können alle gemeinsam großen Einfluss entfalten: in außerparlamentarischen Bewegungen, Wähler*innen- und Bürger*inneninitiativen, Vereinen und Verbänden, durch Demonstrationen und Aktionen, mittlerweile vor allem über YouTube oder Twitter. Bürger*innenbewegungen haben in der Geschichte der Bundesrepublik Großes bewegt, gerade auch, wenn es um Anti-Diskriminierung und Minderheitenrechte ging – etwa für Frauen oder für Homosexuelle. Über die sozialen Medien können Minderheiten oder stumme Wähler*innenmehrheiten heute ein viel größeres Publikum erreichen als vor der digitalen Transformation.

Unterm Strich sind die politischen Teilhabechancen über diese Kanäle wohl also tatsächlich noch bedeutsamer als das Kreuz im Wahllokal. Denn Politiker*innen orientieren sich zwar an der Maximierung von Wahlstimmen, können sich jedoch der öffentlichkeitswirksamen Artikulation des Volkswillens nicht entziehen. Und User*innen können sich heute außerparlamentarische Repräsentant*innen suchen, die qua Likes und Followers dieselbe Legitimität beanspruchen mögen wie gewählte Volksvertreter*innen. Vom Wahlrecht ausgenommen zu sein, bedeutet in der Demokratie also nicht mehr explizit, seiner Stimme beraubt zu sein. Und auch für Wahlberechtigte verheißen die neuen Medien eine Erweiterung ihrer Stimme über den reinen Wahlakt hinaus.

— Erschienen am 05.11.2020

Vertrauen in unsicheren Zeiten

Von: Uta Rüchel

Illustration: Tine Fetz

Welche Rolle spielen Grundrechte in unsicheren Zeiten? WIR MACHEN DAS hat die Einstellungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen erfragt. Die Ergebnisse zeigen, was für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig ist und woran es teilweise fehlt: Vertrauen.

Seit Covid-19 unseren Alltag begleitet, ist das Grundgesetz in aller Munde. Es regelt die individuellen Freiheitsrechte, die zur Bekämpfung der Pandemie zeitweise eingeschränkt werden, und das wirft Fragen auf. Etwa welches Gewicht die Freiheitsrechte haben, wenn das Recht auf körperliche Unversehrtheit bedroht ist. Ob es statthaft ist, während einer Pandemie über unterschiedliche Interessen und Wertsetzungen zu streiten. Und wer entscheidet, welche Maßnahmen geeignet, erforderlich und angemessen – also im Sinne des Grundgesetzes verhältnismäßig – sind.

All diese Fragen standen bei dem Projekt *Demokratie? Eine Frage der Verfassung!* im Raum. Also haben wir einen Fragebogen mit dem Titel *Freiheit(en) in unsicheren Zeiten* entwickelt. Wir wollten herausfinden, wie die Menschen im Land die Freiheitsrechte definieren und in Krisenzeiten gewichten. Zwei Monate, im Juni und Juli, war unsere Umfrage online, etwa 2.000 Personen haben sie beantwortet.

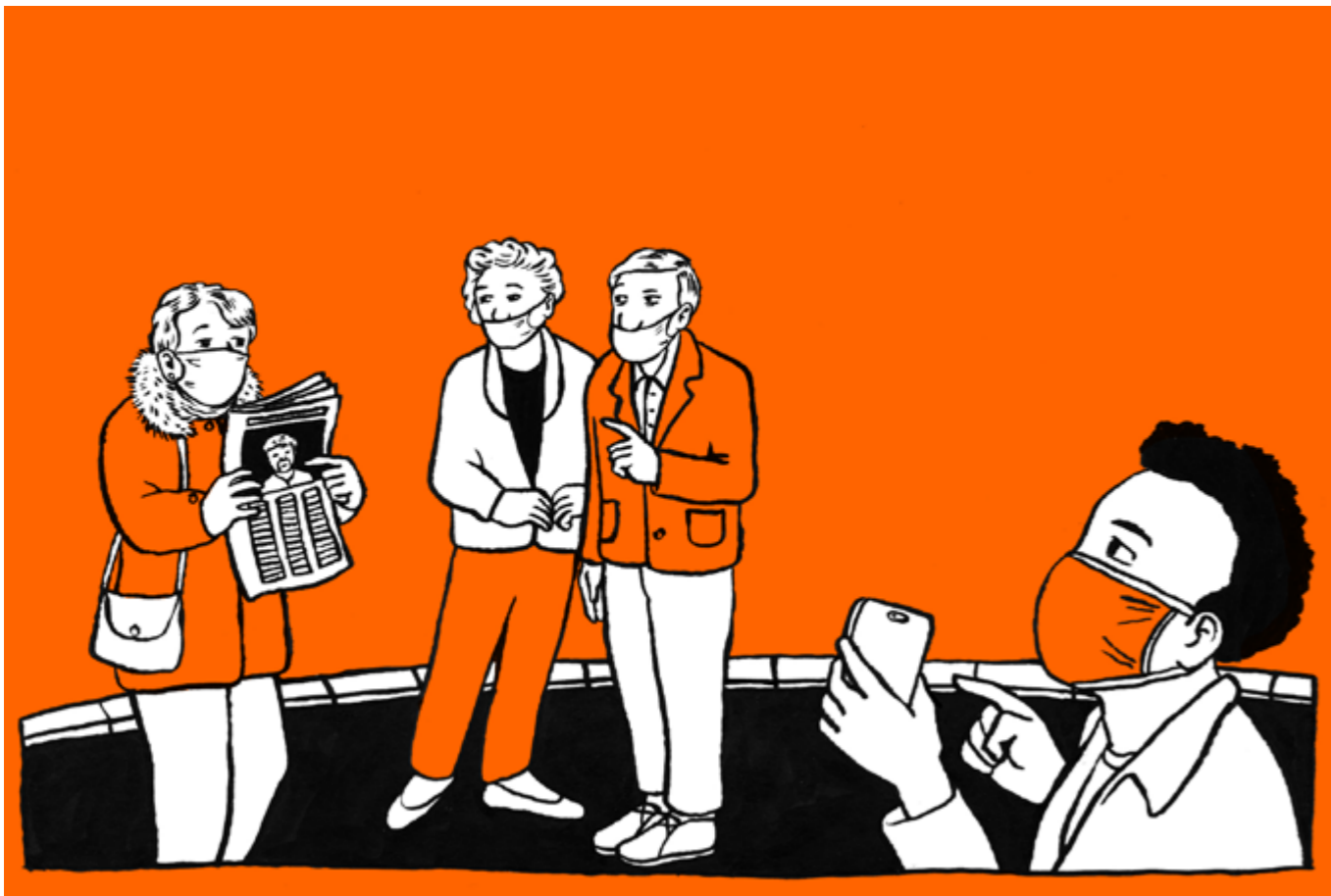
Zustimmung braucht Vertrauen

Das Grundgesetz ist offensichtlich fest im Selbstverständnis der Menschen verankert. Die übergroße Mehrheit der Befragten meint: Einschränkungen von Grundrechten müssen gut begründet und jederzeit zu hinterfragen sein – selbst in Krisenzeiten. Die Entscheidungen sollten intensiv öffentlich diskutiert werden. Ebenso ist das Gemeinwohl für die meisten von zentralem Wert. Sie stimmen den Einschränkungen auch dann zu, wenn

in ihrem Umfeld niemand zur Risikogruppe gehört. So weit, so gut: Der Boden, auf dem wir uns bewegen, scheint stabiler, als manche Tagesmeldung vermuten lässt. Schaut man die insgesamt ermutigenden Ergebnisse genauer an, offenbart sich jedoch eine gewisse gesellschaftliche Spannung.

Aus den Antworten auf die Frage nach den Freiheiten in unsicheren Zeiten ergibt sich – etwas verkürzt – die Einsicht: Es geht offenbar viel um Vertrauen. Um Vertrauen in die öffentlichen Institutionen, insbesondere die Bundesregierung, die Landesregierung und die Justiz, in denen oft unter hohem Druck über die aktuellen Maßnahmen entschieden wird. Denn ob diese Institutionen immer die richtigen Entscheidungen treffen – oder was überhaupt richtige Entscheidungen sind –, das weiß in einer unbekannt und krisenhaften Situation kaum jemand. Und es geht um das Vertrauen in die traditionellen Medien, die nach wie vor als vierte Macht im Staate wahrgenommen werden. Ihnen gegenüber ist darauf zu vertrauen, dass sie unvoreingenommen und umfassend berichten.

Öffentliches Vertrauen ist niemals statisch. Es entsteht und verändert sich, wobei die öffentlichen Medien eine zentrale Rolle spielen. Die Befragung zeigt: Wer der Regierung vertraut, sieht die eigene Meinung in den öffentlich-rechtlichen Medien repräsentiert – oder umgekehrt. Wer seine Haltung in den Medien kaum oder gar nicht wiederfindet, hat weniger Vertrauen in die Institutionen – oder umgekehrt. Auch die Einschätzung, wie stark jemand sich von den Corona-Maßnahmen betroffen fühlt, ist eng verbunden mit dem Vertrauen in Regierung und Medien. Und offenbar steigt die Bereitschaft, sich einzuschränken, wenn das Vertrauen in die entscheidenden Institutionen groß ist. Wo das Vertrauen geringer ist, werden die Einschränkungen als stärker wahrgenommen oder auch abgelehnt.



Besonders ausgeprägt sind das Vertrauen in die Institutionen und die Orientierung am Gemeinwohl unter gut gebildeten Personen aus dem urbanen Milieu. Sie halten das Grundgesetz hoch und akzeptieren gleichzeitig die staatlichen Eingriffe in die Grundrechte während der Pandemie. Zu dieser Gruppe gehören laut unserer Umfrage knapp 20 Prozent der Bevölkerung. Ihnen gegenüber stehen gut 30 Prozent, die ebenfalls das Grundgesetz hochhalten, aber die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus kritisieren beziehungsweise ablehnen. Unter ihnen finden sich weniger Hochschulabsolventen, viele Personen aus kleinen Orten und viele 45- bis 65-Jährige. Dennoch ist die Gruppe insgesamt nicht gering gebildet oder streng konzentriert auf den ländlichen Raum. Zudem gibt es einen interessanten Widerspruch: Die Menschen dieser Gruppe haben im Vergleich wenig Vertrauen in die demokratischen Institutionen, wünschen sich jedoch, dass die Institutionen ihnen vertrauen, wenn es um die Einhaltung der Maßnahmen geht.

Hier offenbart sich ein gesellschaftlicher Riss. Vertrauen kann keine Einbahnstraße sein. Und die Gruppe ist zu groß, um nicht genauer nachzufragen, was da los ist

oder schief läuft. Zweifelsohne gibt es unter Menschen mit geringem Vertrauen in Institutionen eine (nicht genau zu beziffernde) Zahl, die genau das will: die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben und ihre nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Überzeugungen mit allen Mitteln durchsetzen. Ihnen soll hier keine Aufmerksamkeit geschenkt werden. Doch für den Rest der Gruppe wäre zu ergründen: Warum halten Menschen das eigene Misstrauen für gerechtfertigt, das der anderen jedoch für demütigend?

Möglicherweise fühlen sie sich selbst misstrauisch beäugt oder erst gar nicht wahrgenommen. Etwa aufgrund der anfangs undifferenzierten und abwertenden Berichterstattung über die Proteste gegen die Maßnahmen der Regierung. Da war jenseits des Erschreckens über rechte Gesinnungen und Verschwörungstheorien kaum Platz, um andere Motive, Fragen und Gedanken zu Gehör kommen zu lassen und zu versuchen, sie zu verstehen.

Eine Umfrage von Infratest dimap vom 11. November 2020 belegt, dass beispielsweise das Einkommen eine Rolle spielt: 42 Prozent der Menschen mit einem geringen Einkommen stimmten den neuerlichen Schließungen von

Geschäften und Gastronomie zu – wo mit großer Wahrscheinlichkeit viele von ihnen ihr kleines Einkommen verdienen –, ansonsten waren es im Durchschnitt 54 Prozent aller Befragten. Aber auch eine Reihe gut gebildeter und einkommensstarker Personen sind unter den Kritiker*innen. Ihnen allen unlautere Motive oder geistige Verwirrung zu unterstellen, ist demütigend und sorgt für Polarisierung und gerade nicht für den in einer Pandemie so wichtigen Zusammenhalt über unterschiedliche Gruppen hinweg.

Im Großen wie im Kleinen

Vielfach wurde die Zustimmung zu den Einschränkungen mit Solidarität und Orientierung am Gemeinwohl begründet. Lässt sich im Umkehrschluss sagen, dass den Kritiker*innen das Gemeinwohl einerlei ist? Vermutlich wäre das zu kurz gesprungen. Möglicherweise sehen manche Menschen einfach nicht, dass das sogenannte Gemeinwohl auch sie selber schützt. Dann sind fehlende Einsicht und mangelndes Vertrauen nicht verwunderlich, haben aber dennoch weitreichende Konsequenzen.

Zudem gehen Menschen mit ihren Ängsten sehr unterschiedlich um – und in den seltensten Fällen rational. Erst recht, wenn verschiedene Ängste einander gegenüberstehen: Angst vor Krankheit und Tod, Angst vor dem Verlust der wirtschaftlichen Existenz und Angst vor der Einschränkung von Freiheitsrechten. Und auch ohne Pandemie führen komplexe Strukturen und Gefühle von Ohnmacht angesichts vielschichtiger Globalisierungsfolgen, etwa der kaum noch überschaubaren wirtschaftlichen Verflechtungen, zu einem verbreiteten, mehr oder weniger unbestimmten Misstrauen.

Möglicherweise ist das Vertrauen in mehrfacher Hinsicht gestört. Wer sich selbst nicht als wirksam erfährt, traut sich nichts zu, hat kein Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und alsbald auch nicht in die öffentlichen Institutionen. Davon können all jene ein Lied singen, die sich mühevoll von einem Job zum anderen hangeln oder aufgrund ihrer sozialen Herkunft noch immer keine gerechten Bildungschancen haben. Ein Viertel der Menschen mit Einwanderungsgeschichte ist von Armut bedroht, unter der deutschen Gesamtbevölkerung sind es 12 Prozent. Doch es geht bei weitem nicht nur um Armut und Bildung. Es geht offenbar auch um das Potenzial und die Chancen, das eigene Leben gestalten zu können, nicht von Abstiegs-

ängsten beherrscht zu werden und das eigene Umfeld in der Öffentlichkeit repräsentiert zu wissen. In dieser Hinsicht scheint das gut gebildete, urbane Milieu im Vorteil, es sieht sich in den öffentlichen Medien mit seinen Meinungen nicht nur repräsentiert, sondern gestaltet sie wesentlich mit.

Ohne die nötige politische Bildung und Erfahrung bleibt Demokratie ein abstraktes Konzept. Um eine eigene politische Einstellung vertreten und auf effektive Weise politisch partizipieren zu können, braucht man ein grundlegendes Verständnis, wie Demokratie funktioniert. Wie Studien belegen, ist nicht zuletzt politisches Wissen eng mit Herkunft verknüpft: Stärker noch als die Einwanderungsgeschichte der Familie schlägt hier im wahrsten Sinne des Wortes das kulturelle Kapital – oft schlicht die Anzahl der Bücher im Elternhaus – zu Buche. Dennoch lässt sich auch mit Bildung allein nicht alles erklären.

Wie Vertrauen ist auch Kommunikation keine Einbahnstraße. Erklären allein reicht bei weitem nicht aus, es geht um Verständigung und Austausch. Dabei gilt es, die Sprache bzw. die Signale des Gegenübers zu entschlüsseln. Missverständnisse sind vorprogrammiert und ein Gespräch unter seinesgleichen damit erst einmal konfliktärmer. Auf lange Sicht jedoch wachsen die Konflikte, wenn sie über Ab- und Ausgrenzung oder gar Demütigung ausgetragen werden. In einer komplexen Welt sind die Meinungen verschieden, manchmal konträr und ihre jeweilige Begründung vielschichtig. Da will Kommunikation, also auch Streiten, gelernt sein. Denn neben Solidarität gibt es noch eine andere Kraft, die Gemeinsinn stiften kann. Der Soziologe Vincent August schrieb in einem Aufsatz jüngst über „Integration durch Konflikt“ und legte eindrucksvoll dar, dass gerade im Ringen um die Gestaltung der Gesellschaft gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden kann. Belastbare Beziehungen entstehen oftmals überhaupt nur dadurch, dass es gelingt, Konflikte miteinander auszutragen.

An Themen und zunächst unverständlichen Widersprüchen mangelt es nicht – so viel hat unsere Studie gezeigt. Ganz sicher, das machte sie ebenso deutlich, können wir dabei gemeinsam auf das deutsche Grundgesetz vertrauen. Wie gut! Denn: Demokratie ist in mehrfacher Hinsicht eine Frage der Verfassung!

— Erschienen am 21.12.2020

Freiheit(en) in unsicheren Zeiten

Studie von:
Bastian Rottinghaus
und Uta Rüchel

Illustration: Tine Fetz

Unter der Überschrift „Freiheit(en) in unsicheren Zeiten“ hat WIR MACHEN DAS im Juni und Juli 2020 online eine Umfrage durchgeführt. Damit wollten wir etwas über die Einstellungen zu den Grundrechtseinschränkungen bezüglich der Corona-Pandemie erfahren und zu einer detaillierten Beschäftigung mit dem Grundgesetz anregen. Mehr als 2.000 Personen haben den Fragebogen beantwortet. Die Ergebnisse der Umfrage geben einen interessanten Einblick, wie die Freiheitsrechte, die der Demokratie zugrunde liegen, von den Bürger*innen verstanden und in Krisenzeiten gewichtet werden. Ein ausführlicher Abschlussbericht findet sich auf der Webseite des Projektes.

Für alle im Folgenden dargestellten Ergebnisse gilt zu beachten, dass sie die Einschätzungen im Befragungszeitraum widerspiegeln.

Zentrale Ergebnisse

1. Wahrnehmungen der Maßnahmen und Institutionen in der Corona-Pandemie

Wie werden die Maßnahmen und die demokratischen Institutionen während der Corona-Pandemie subjektiv wahrgenommen? Darum ging es im ersten Fragenkomplex.

Das Vertrauen in die Bundesregierung ist bei knapp der Hälfte der Befragten stark bis sehr stark ausgeprägt, bei gut einem Drittel hingegen eher gar nicht bis schwach. Dabei bekunden in den westlichen Bundesländern 50,6 % starkes beziehungsweise sehr starkes Vertrauen, in den östlichen Bundesländern nur 39,9 %. Unter den befragten Personen mit Einwanderungsgeschichte gaben 58,6 % an, der Bundesregierung stark/sehr stark zu vertrauen, während es bei den Personen ohne Einwanderungsgeschichte 47 % sind.

Subjektive Wahrnehmungen der Maßnahmen und Institutionen in der Corona-Pandemie

gar nicht / wenig  sehr stark / viel

	Zahlen in %				
Wie stark fühlen Sie sich von den rechtlichen Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise betroffen?	13	28	21	17	21
Wie viel Vertrauen haben Sie, dass die Bundesregierung die richtigen Entscheidungen trifft?	22	13	18	30	17
Wie viel Vertrauen haben Sie, dass die Landesregierung die richtigen Entscheidungen trifft?	21	19	26	24	11
Wie intensiv sollten diese Entscheidungen öffentlich diskutiert werden?	5	10	21	23	41
Wird Ihre eigene Meinung in den öffentlichen Medien repräsentiert?	24	17	20	26	13
Wie wichtig sind die Informationen und Diskussionen in sozialen Netzwerken für Sie?	18	22	23	18	19
Wie gut kennen Sie das Grundgesetz?	3	10	30	36	21
Wie wichtig ist die Beachtung und Diskussion des Grundgesetzes Ihrer Meinung nach in der Krise?	5	9	17	25	44
Wie viel Vertrauen haben Sie in die Verfassungsgerichte auf Landes- und Bundesebene?	12	14	21	28	25
N= 2060 - 2104					

Eine Mehrheit von etwa zwei Dritteln will, dass Regierungsentscheidungen, insbesondere zu den Corona-Maßnahmen, intensiv öffentlich diskutiert werden und das Grundgesetz unbedingt beachtet wird. Zugleich gaben knapp über die Hälfte der Befragten an, das Grundgesetz gut zu kennen und Vertrauen in die Verfassungsgerichte zu haben.

Von den rechtlichen Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie fühlen sich 38 % der Befragten stark oder sehr stark betroffen, 41 % hingegen fühlen sich nicht betroffen.

Die Wahrnehmung, wie stark die eigene Meinung in den öffentlichen Medien (öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen, Tages- und Wochenpresse) repräsentiert wird, scheint eng verknüpft zu sein mit dem Vertrauen in die Bundesregierung wie auch mit der subjektiven Betroffenheit durch die Corona-Maßnahmen.

Persönliche Betroffenheit von Grundrechtseinschränkungen

Am stärksten fühlen sich die Befragten bei der Versammlungsfreiheit (Art. 8) in ihren Grundrechten eingeschränkt (57 %). Knapp die Hälfte thematisiert die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2).

In ihrer Menschenwürde (Art. 1) fühlt sich knapp ein Viertel der Befragten verletzt. Dieser Befund ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Einschränkungen für die meisten Personen in Deutschland im internationalen Vergleich eher gering sind.

Knapp ein Fünftel der Befragten fühlt sich in puncto Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) eingeschränkt.

2. Einstellungen zu Maßnahmen und Institutionen in der Corona-Pandemie

Der zweite Fragenkomplex beinhaltete zum einen Aussagen zum ethisch angemessenen Umgang mit Personen aus Risikogruppen. Zum anderen wurde das Verhältnis der Bürger*innen zum Grundgesetz und den darin verankerten Grundrechten thematisiert.

Insbesondere die Antworten zum Umgang mit Risikogruppen stellen sich – auch aus statistischer Sicht – als hoch komplex heraus. Eine erzwungene Isolierung von Risikogruppen lehnen 71 % ab. Gleichzeitig erwartet etwa die Hälfte der Befragten, dass diese sich freiwillig isolieren. Offensichtlich sind Selbstbestimmung und Eigenverantwortung für eine große Mehrheit von zentraler Bedeutung. 77 % stimmen der Aussage zu: *Risikogruppen sollten über das Risiko informiert werden und selbst entscheiden, wie sie sich verhalten.*

Teilweise erscheinen die Aussagen in diesem Bereich widersprüchlich. Das ist angesichts der Komplexität der ethischen Fragestellungen nachvollziehbar. Der Widerspruch könnte mit zwei ethischen Prinzipien und deren unterschiedlichen praktischen Folgen zusammenhängen: Im Sinne einer partikularen Ethik würden die Risikogruppen abgeschirmt, damit die restliche Bevölkerung ein weitgehend uneingeschränktes Leben in der Pandemie führen kann. Eine konsequent universalistische Ethik hingegen würde darauf bestehen, dass für alle dieselben Einschränkungen, Rechte und Pflichten gelten.

Die Auswertungen deuten darauf hin, dass viele Befragte eher zu einer universalistischen Ethik neigen, diese allerdings nicht bis zur letzten Konsequenz (*Es sollten keine Unterschiede gemacht werden*) verfolgen. Das Vertrauen in die Verfassungsgerichte scheint insgesamt hoch zu sein und die Wertschätzung der Grundrechte weit verbreitet: 84 % der Befragten meinen, dass eine Einschränkung von Grundrechten gut begründet und jederzeit hinterfragbar sein muss. Nur 19 % halten Grundrechtsdebatten für einen „Luxus“, den man sich in Krisenzeiten nicht leisten kann. Beinahe die Hälfte der Befragten hält die Grundrechte auch in Krisenzeiten für unantastbar. Eine Mehrheit ist zugleich der Ansicht, dass man sich für seine Rechte einsetzen muss.

Zusammenfassend kann man sagen: Für eine deutliche Mehrheit ist das Grundgesetz auch in Krisenzeiten ein klarer Bezugspunkt. Die wenigsten wären bereit, Teile des Grundgesetzes leichtfertig und ohne äußersten Notstand außer Kraft zu setzen.

Wesentliche Einstellungsunterschiede

Bei den Einstellungen der Befragten zeigen sich die stärksten Unterschiede in Bezug auf die drei folgenden Themen: *Vertrauen in Institutionen, Verteidigung der Grundrechte und partikuläre Ethik.*

Vertrauen in Institutionen

Bemerkenswert ist hier, dass die öffentlich-rechtlichen Medien nach wie vor als Teil der demokratischen Institutionen wahrgenommen werden. Faktisch sind sie das allerdings nur insofern, als die Presse- und Meinungsfreiheit gesetzlich verankert ist.

Auffällig sind hier einige Korrelationen: Wer sich von den traditionellen Medien in

Bezug auf die Corona-Berichterstattung nicht repräsentiert fühlt, nutzt in verstärktem Maße die sozialen Medien. Je mehr die Befragten ihre Meinung in den öffentlich-rechtlichen Medien wiederfinden, desto weniger sehen sie ihre Grundrechte durch die Corona-Maßnahmen eingeschränkt. Je wichtiger für die Befragten hingegen die Informationen und Diskussionen in den sozialen Netzwerken sind, desto stärker fühlen sie sich von den Grundrechtseinschränkungen durch die Corona-Maßnahmen betroffen.

Auch in Bezug auf das Vertrauen in Institutionen spielt die wahrgenommene Betroffenheit von Grundrechtseinschränkungen die größte Rolle: Je mehr Grundrechtseinschränkungen eine Person subjektiv wahrnimmt, desto weniger vertraut sie den Institutionen der Bundesrepublik (Bundes- und Landesregierung, Verfassungsgerichte und Medien). Es sei daran erinnert, dass mit all diesen Korrelationen lediglich ein Zusammenhang, keine Kausalität beschrieben wird.

Festzuhalten ist zudem, dass Bildung einen bedeutenden Einfluss hat: Personen, die soziale Medien häufig nutzen, haben mehrheitlich eine praktische Berufsausbildung, während diejenigen mit Hochschulabschluss eher den traditionellen Medien vertrauen. Zudem wirkt sich ein Wohnort mit höherer

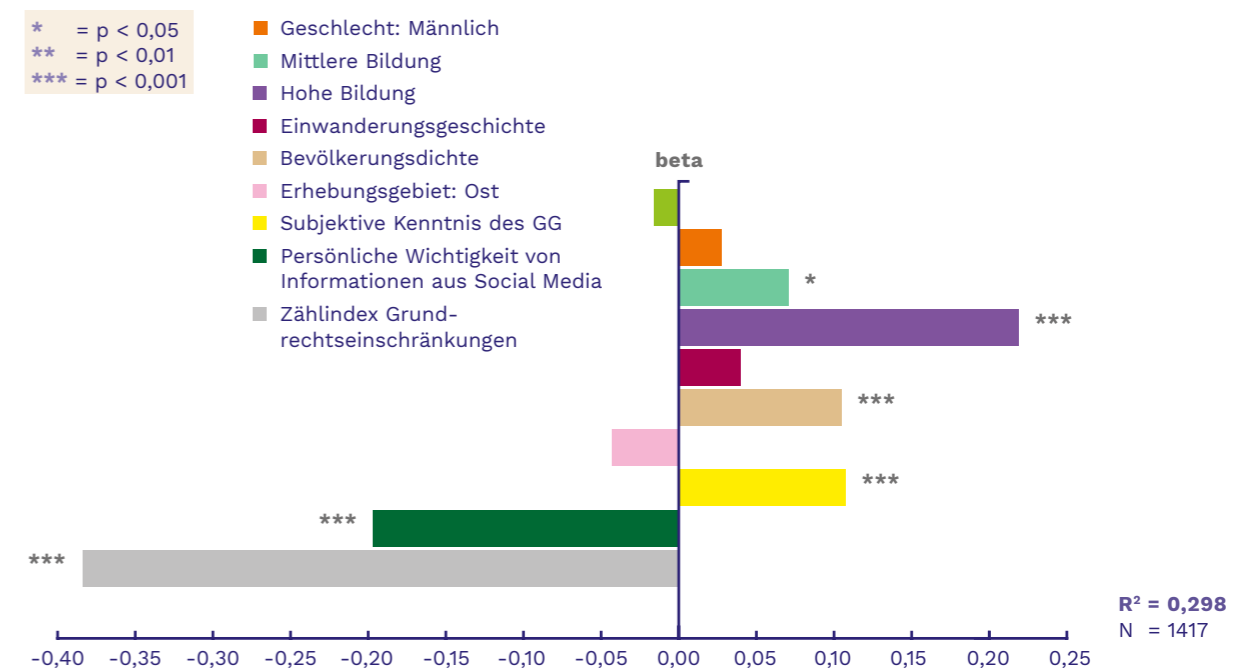
Bevölkerungsdichte positiv auf das Vertrauen in demokratische Institutionen aus.

Als weiterer relevanter Einflussfaktor erweist sich die eigene Kenntnis des Grundgesetzes: Je stärker das persönliche Kompetenzgefühl hier ausgeprägt ist, desto stärker werden die persönlichen Einschränkungen wahrgenommen.

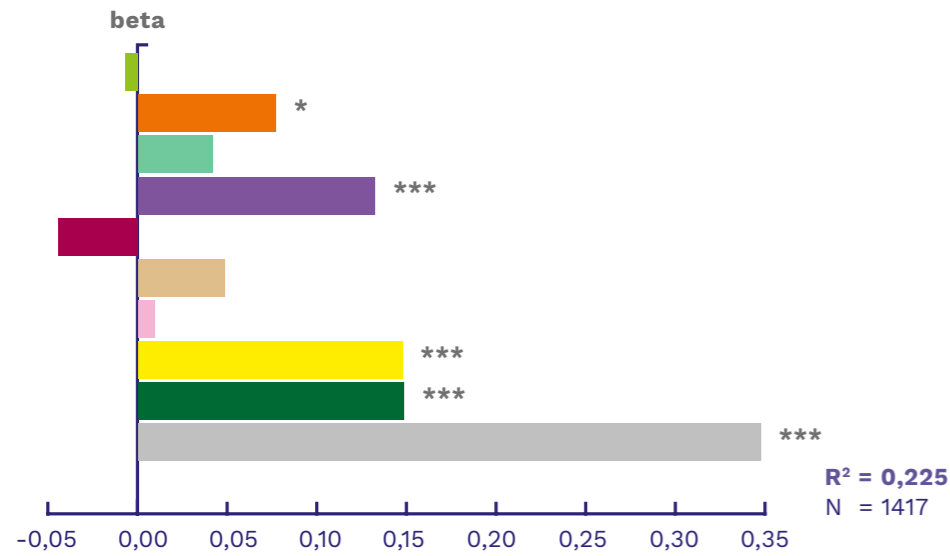
Knapp die Hälfte der Befragten gab an, sich durch die Maßnahmen in zwei bis vier Grundrechten eingeschränkt zu fühlen. Je mehr Grundrechtseinschränkungen eine Person subjektiv wahrnimmt, desto weniger vertraut sie den Institutionen der Bundesrepublik (Bundes- und Landesregierung, Verfassungsgerichte und Medien).

Insgesamt bestätigen die Befunde einen Zusammenhang von Social-Media-Nutzung und einem allgemein sinkenden Vertrauen in Institutionen. Einen positiven Einfluss auf das Institutionenvertrauen haben eine hohe Bildung (Hochschulabschluss) und ein Wohnort mit hoher Bevölkerungsdichte. Damit bestätigen die Daten die Alltagswahrnehmung, dass es eher gebildete und urbanere Milieus sind, die den Kurs der Bundesregierung während der Corona-Krise unterstützen. Sie scheinen auch insgesamt den demokratischen Institutionen ein höheres Vertrauen entgegenzubringen.

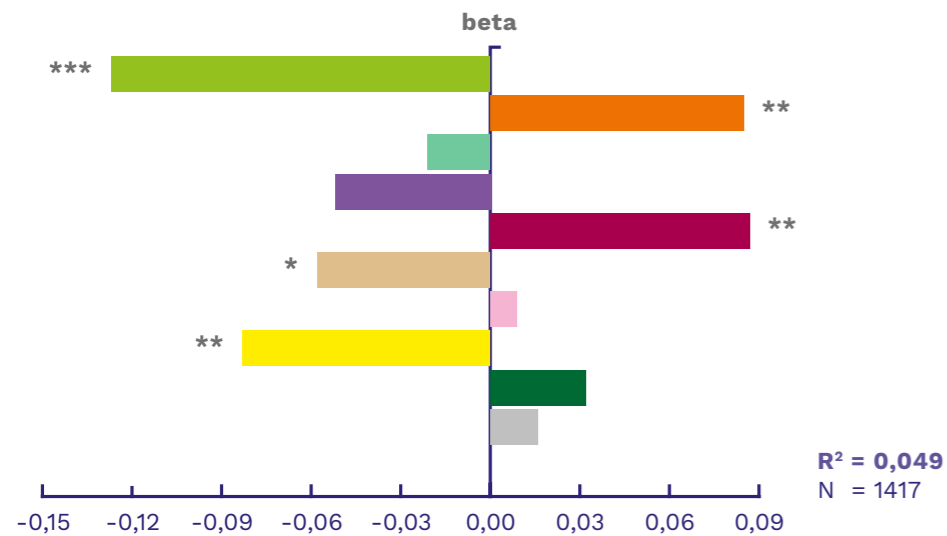
Einflussfaktoren auf das Vertrauen in Institutionen



Einflussfaktoren auf die Bereitschaft zur Verteidigung der Grundrechte



Einflussfaktoren auf Partikuläre Ethik im Umgang mit Risikogruppen



Verteidigung der Grundrechte

Unter dem Stichwort *Verteidigung der Grundrechte* wurden alle Antworten zusammengefasst, die für öffentliche Grundrechtsdebatten plädieren. Dazu zählen auch die Aussagen jener, die bereit sind, sich für ihre Grundrechte einzusetzen.

Es lässt sich folgendes Muster feststellen: Je stärker die Befragten sich in ihren Grundrechten eingeschränkt fühlen und je mehr sie sich über Social Media informieren, desto stärker ist ihr Impuls, die Grundrechte gegen Eingriffe zu verteidigen. Darüber hinaus sind für die Verteidigung der Grundrechte

gute Kenntnisse des Grundgesetzes und eine hohe Bildung wohl ebenso ausschlaggebend wie die Nutzung von Social Media.

Partikuläre Ethik/Umgang mit Risikogruppen

Unter dem Thema *partikuläre Ethik* wurden alle Aussagen gefasst, die den Umgang mit Risikogruppen betreffen. Hohe Werte in dem Bereich bedeuten hier, dass eine partikuläre Ethik (Isolierung von Risikogruppen) befürwortet wird. Geringe Werte spiegeln wider, dass die Befragten für eine universalistische Ethik eintreten.

Das Lebensalter scheint dabei eine entscheidende Rolle zu spielen: Je älter eine befragte Person ist, desto weniger neigt sie zu einer partikulären Ethik. Dies könnte mit der eigenen Betroffenheit zusammenhängen: Es ist anzunehmen, dass ältere Personen sich – zu Recht – häufiger als Teil der Risikogruppen begreifen. Würde eine partikuläre Ethik umgesetzt, müssten sie damit rechnen, gegebenenfalls auch gegen ihren Willen isoliert zu werden. Möglicherweise erlaubt das Alter aber auch eine größere Abstraktion von der individuellen Betroffenheit und führt eher zu der Einstellung, dass sehr

Relative Häufigkeiten sozialer Merkmale nach Einstellungsmilieus



Zahlen in %				
Geschlecht				
weiblich	53,7	57,0	62,9	57,0
männlich	46,3	43,0	37,1	43,0
Bildung				
Ohne beruflichen Abschluss	1,5	1,1	2,1	1,2
Berufsausbildung	19,2	11,6	26,2	28,2
(Fach-) Hochschulreife	25,9	20,6	28,6	30,4
Hochschule	53,4	66,7	43,0	40,2
Alter				
unter 30	27,6	12,5	18,9	12,2
30 bis unter 45	28,9	32,9	29,5	32,0
45 bis unter 65	37,9	43,9	44,1	50,1
65 und älter	5,6	10,6	7,6	5,6
Einwanderungsgeschichte				
nein	89,6	97,2	96,3	96,8
ja	10,4	2,8	3,7	3,2
Erhebungsgebiet				
Westen	66,1	67,1	70,6	66,6
Osten (inkl. Berlin)	33,9	32,9	29,4	33,4
Bevölkerungsdichte (Einwohner*innen pro km ²)				
< 500	18,9	16,5	21,8	29,5
500 - 999	13,1	6,7	13,5	14,2
1000 - 2499	44,7	41,1	48,5	42,2
> 2499	23,3	35,7	16,3	14,2
N = 1586				

unterschiedliche Interessen in möglichst gerechter Weise zu berücksichtigen sind.

Einstellungsmilieus in der Corona-Krise

Mit dem Begriff *Einstellungsmilieu* wird die charakteristische Verbindung verschiedener Dimensionen bezeichnet, also Positionen der Befragten zu grundlegenden Themen. Zum ersten Milieu (23 %) zählen Personen, die sich sehr stark für eine partikulare Ethik aussprechen, großes Vertrauen in die Institutionen äußern und bei der Verteidigung der Grundrechte nahe am Mittelwert liegen. Hier ist die Gruppe der unter 30-Jährigen stark überrepräsentiert. Nicht im selben Maße, aber ebenfalls deutlich überrepräsentiert sind Befragte mit Einwanderungsgeschichte.

Das zweite Milieu (18 %) bringt den Institutionen ebenfalls ein sehr starkes Vertrauen entgegen, lehnt aber eine partikulare Ethik deutlich ab und spricht sich leicht überdurchschnittlich für die Verteidigung der Grundrechte aus. In keinem anderen Milieu finden sich so viele Personen mit Hochschulabschluss sowie Großstadtbewohner*innen. Dieses Milieu scheint einem solidarischen Miteinander im Umgang mit der Corona-Krise am nächsten zu stehen und seine Einstellungen in den traditionellen Medien wiederzufinden. Zugleich vertraut dieses Milieu der Regierung nicht blind und sieht das Grundgesetz als äußerst hohes und schützenswertes Gut an.

Im dritten Milieu (28 %) ist die Verteidigung der Grundrechte auffällig schwach ausgeprägt, eine partikulare Ethik wird leicht überdurchschnittlich befürwortet und das Vertrauen in Institutionen liegt nahe am Mittelwert. Sowohl bei den Einstellungen als auch bei den sozialen Merkmalen zeigen sich hier die wenigsten Auffälligkeiten. Leicht in der Überzahl sind Frauen, Personen aus Westdeutschland und aus mittleren Städten. Demgegenüber sind Personen mit Hochschulabschluss und aus Großstädten leicht unterproportional vertreten.

Das vierte Milieu (31 %) ist die heterogenste Gruppe. Sie zeichnet sich durch ein ausgesprochen schwaches Vertrauen in die demokratischen Institutionen aus, während die Bereitschaft zur Verteidigung der Grundrechte leicht überdurchschnittlich ausgeprägt ist. Die Befürwortung einer partikularen Ethik liegt hier nahe am Stichpro-

bandurchschnitt. Auf der Ebene der sozialen Merkmale zeichnet sich dieses Milieu durch den niedrigsten Anteil von Hochschulabsolvent*innen, den höchsten Anteil von Personen aus kleineren Orten, den niedrigsten Anteil von Personen aus der jüngsten Altersklasse und den höchsten Anteil von Personen aus der Altersklasse der 45- bis 65-Jährigen aus.

Qualitative Ergebnisse der Befragung

Am Ende unserer Umfrage standen drei Fragen mit offenen Antwortmöglichkeiten. Die Teilnehmenden sollten hier die Möglichkeit bekommen, ihre Antworten näher zu begründen.

1. Sind Sie sicher, dass Sie die Beschränkungen Ihrer individuellen Freiheit hinnehmen würden, wenn weder Sie noch Ihre Verwandten und Freunde zur Risikogruppe gehörten?

Immerhin 75 % der Befragten gaben an, dass sie den Einschränkungen auch zustimmen würden, wenn in ihrem persönlichen Umfeld niemand zur Risikogruppe gehört. Ein Viertel verneint dies oder ist sich nicht sicher. Allein im vierten Milieu, das die Corona-Maßnahmen tendenziell ablehnt, verneint eine Mehrheit die Frage.

Beide Seiten verweisen auf die Verhältnismäßigkeit. Eine allgemeine Zustimmung zu den Maßnahmen wurde am weitesten häufigsten mit dem Hinweis auf Gemeinwohl und Solidarität begründet.

2. Sollte die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen eher auf Kontrolle und Bestrafung setzen oder auf Einsicht und Vertrauen?

Mehr als ein Drittel der Befragten (40,5 %) plädiert dafür, die Bundesregierung solle bei der Umsetzung der von ihr erlassenen Maßnahmen auf Einsicht und Vertrauen setzen. Die eindeutige Mehrheit spricht sich entweder für Kontrolle (23 %) oder eine Kombination aus Kontrolle und Vertrauen (36,5 %) aus. Bei Letzteren zeigen die detaillierten Antworten, dass viele sich Kontrolle wünschen, diese jedoch nicht als autoritär verstanden wissen wollen.

Auch in dieser Frage nimmt das vierte Milieu eine herausgehobene Stellung ein: Eine knappe Mehrheit (54,2 %) setzt allein auf Vertrauen, während in allen

anderen Milieus dieser Wert höchstens 17 % erreicht.

Im dritten Milieu erreicht Vertrauen als alleiniger Durchsetzungsmechanismus den niedrigsten Wert von nur 13 %, Kontrolle als alleiniges Prinzip jedoch den Höchstwert unter allen Milieus, nämlich 49 %. Die deutlich geringer ausgeprägte Bereitschaft zur Verteidigung der Grundrechte, die dieses Milieu auszeichnet, korrespondiert mit einer im Vergleich zu den anderen Milieus geringeren Wertschätzung von bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechten. Darüber hinaus verbindet sich damit offenbar der Wunsch, dass entsprechende Einschränkungen staatlicherseits konsequent durchgesetzt werden.

3. Wären Sie bereit, ähnliche oder andere Einschränkungen Ihrer individuellen Grundrechte hinzunehmen, wenn dies zur Durchsetzung von Zielen für das Gemeinwohl sinnvoll wäre (Erreichen der Klimaziele, Bekämpfung von Fluchtursachen, soziale Gerechtigkeit)?

Zunächst einmal fällt auf, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten (68 %) durchaus bereit ist, unter den genannten Voraussetzungen auf Grundrechte zu verzichten. Das ist bemerkenswert, auch wenn nur wenige ausführen, an welche Bedingungen sie einen solchen Eingriff knüpfen würden.

Eine Ausnahme bildet – wie schon bei den vorherigen Fragen – das vierte Milieu. Knapp zwei Drittel dieser Gruppe würden auch für die oben genannten Ziele keine Einschränkungen hinnehmen wollen. In den meisten Fällen bleibt diese Äußerung unbegründet. Von denjenigen, die ihre Ablehnung begründen, sagen 5,6 %, dass ein Eingriff in die Grundrechte unnötig sei, um die genannten Ziele zu erreichen.

Lediglich im zweiten Milieu, das durch ein großes Vertrauen in die Institutionen geprägt ist, findet sich diese Begründung etwas häufiger (8 %).

Zu der Sonderstellung des vierten Milieus gehört auch, dass hier 52 % sagen, ihre Würde sei durch die Grundrechtseinschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie verletzt worden. In den anderen drei Milieus liegen die diesbezüglichen Prozentzahlen im einstelligen Bereich.

Außerdem fällt auf, dass im vierten Milieu die Einstellungen am heterogensten sind. Insbesondere diese Heterogenität wirft noch einmal die Frage auf, ob sich die Einstellungen dieses Milieus eigentlich zusammenfassend angemessen charakterisieren lassen.

Fazit & Diskussion: Kommunikative Krise oder krisenhafte Kommunikation?

Von zentraler Bedeutung – nicht nur für das Projekt *Demokratie? Eine Frage der Verfassung!* – ist die Feststellung, dass die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verbürgten Grundrechte von einer Mehrheit sehr wertgeschätzt werden: 84 % der Befragten meinen, dass eine Einschränkung von Grundrechten gut begründet und jederzeit hinterfragbar sein muss. Nur 19 % halten Grundrechtsdebatten für einen „Luxus“, den man sich in Krisenzeiten nicht leisten kann. Etwa zwei Drittel wollen, dass das Grundgesetz beachtet wird und Entscheidungen der Regierung intensiv öffentlich diskutiert werden. Eine knappe Mehrheit gibt an, das Grundgesetz gut zu kennen und Vertrauen in die Verfassungsgerichte zu haben.

Letztlich neigt die Mehrheit der Befragten eher zu einer gemeinwohlorientierten (universalistischen) Ethik. Dies zeigt sich sowohl in der Bewertung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie als auch in der Bereitschaft, vorübergehend auf individuelle Freiheitsrechte zu verzichten, um Klimaziele zu erreichen, Fluchtursachen zu bekämpfen oder mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Schaut man diese insgesamt ermutigenden Befunde genauer an, offenbart sich eine gewisse gesellschaftliche Spannung. Die entscheidenden Unterschiede scheinen dabei vor allem im Zusammenhang mit der öffentlichen und medialen Kommunikationskultur beziehungsweise -struktur zu stehen.

Bei allen Befragten stimmt die Beurteilung der staatlichen Institutionen in etwa überein mit der Beurteilung der traditionellen Medien. Allerdings zeigen sich große Differenzen, inwieweit die Personen den Institutionen und Medien vertrauen. Unklar bleibt, ob das vierte Milieu seine Informationsbedürfnisse aus diesem Misstrauen heraus stärker über Social Media stillt oder ob die stärkere Zuwendung zu Social Media das Misstrauen erst erzeugt beziehungsweise befördert.

Der Ausbruch des Corona-Virus wie auch die wissenschaftlichen und politischen Diskussionen über die Gegenmaßnahmen waren und sind für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ein vor allem medial vermitteltes Phänomen. Vor diesem Hintergrund ist vor allem eins notwendig: Vertrauen in die Expertise



der Wissenschaft; Vertrauen, dass die Politik aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen möglichst kluge und angemessene, sozialverträgliche politische Maßnahmen ableitet; und Vertrauen in die Medien, dass sie über all dies wirklichkeitsnah, umfassend und ohne eigene politische Agenda berichten.

Wie die Befunde zeigen, muss das kein blindes Vertrauen sein. Man kann das Grundgesetz hochhalten und gleichzeitig während eines krisenhaften Ausnahmezustands staatliche Eingriffe in die Grundrechte legitim finden.

In einer zunehmend komplexen und stärker denn je auf Kommunikation basierenden (und auf sie angewiesenen) Gesellschaft ist öffentliches Vertrauen eine der zentralen Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Öffentliches Vertrauen entsteht und verändert sich innerhalb eines medial vermittelten Prozesses. Nicht nur vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich daher, die hier dargestellten Zusammenhänge von Institutionenvertrauen, (Wahrnehmung der eigenen) Repräsentanz in den traditionellen Medien und den subjektiv wahrgenommenen Einschränkungen der Grundrechte weiter zu untersuchen und zu diskutieren.

Offene Fragen

Aus den Umfrageergebnissen ergibt sich eine Reihe weiterführender Fragen. Ebenso aufschlussreich wie dringend geboten wäre beispielsweise eine differenzierte Analyse der Situation und Einstellungen von Menschen mit Migrationsgeschichte, etwa in Bezug auf das eher hohe Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Des Weiteren würde ein Vergleich der hier dargestellten Ergebnisse mit anderen Ländern und der Zeit vor dem Ausbruch der Pandemie eine weitere Einordnung ermöglichen.

Offen bleibt auch, wie hoch der Anteil derer ist, deren Skepsis gegenüber den Institutionen und öffentlichen Medien eine wichtige demokratische Kontrollinstanz darstellt – und die damit diese Institutionen nicht grundlegend in Frage stellen. Oder inwieweit eine solche Skepsis als Anzeichen einer gesellschaftlichen Desintegration zu interpretieren ist.

Deutlich wurde, dass es eine zentrale Frage unserer Zeit ist, wie und wo Kommunikation stattfindet, wer daran beteiligt ist und wer nicht; wer sich darin – und unter welchen Bedingungen – angemessen repräsentiert sieht, wie also die Öffentlichkeit

strukturiert ist beziehungsweise sein sollte.

Letztlich ist es ermutigend, wie groß das Interesse an einem gleichberechtigten Austausch ist. Und welche hohe Wertschätzung das Grundgesetz nach wie vor erfährt. ■

Über die Gemeinschaft

Von: Amel Ouassa

Illustration: Tine Fetz

Als Kind hangelte Amel Ouassa sich von einem Urlaub bei der algerischen Verwandtschaft bis zum nächsten. Das Denken in zeitlicher Begrenzung empfiehlt sie nun auch für den Umgang mit der aktuellen Pandemie.

Bis vor einigen Monaten haben sich in unserer Gesellschaft wohl eher wenige vorstellen können, was es bedeutet, mit einer Pandemie zu leben. Mittlerweile sind die Angst vor Erkrankung, die Angst, das eigene Leben nicht meistern zu können, und die Unsicherheit über den weiteren Verlauf ständige Begleiter unseres Alltags geworden.

Nähe und Distanz müssen tagtäglich ausgehandelt werden. Wir sind sicherer, wenn wir Abstand zu *anderen* halten. Und das ist ein beunruhigender Gedanke. Auch für mich, die, introvertiert und mit einer Neigung zur Hypochondrie, diesem alles entschleunigenden Abstand auch etwas Positives abgewinnen kann.

In seinem Essay „Cultural Identity and Diaspora“ spricht Stuart Hall von der Notwendigkeit, ein schreibendes Ich im Kontext des Ortes und der Zeit zu begreifen, aus denen es erzählt. Davon, die Geschichte und Kultur, durch die dieses Ich Realität erlebt, sichtbar zu machen.¹ In unseren Worten manifestieren sich Geschichten und Kulturen, die uns eigen sind. Aus den Worten in diesem Text spricht *eine* Kabylin, die in Berlin zu Hause ist. Aus der Position *einer* Minderheit,

wenn man so möchte. Nicht so privilegiert wie *manche* und doch privilegierter als *andere*. Ich kam 1991 als Vierjährige nach Ostdeutschland. Meine Mutter war kurz zuvor in Algerien gestorben, an Asthma. Algeriens menschenunwürdiges Gesundheitssystem reflektierte zu dem Zeitpunkt auf eine fast zynische Weise die Verfassung einer Bevölkerung, die dreißig Jahre nach der vermeintlich glorreichen Revolution noch immer nach jener Menschlichkeit suchte, die hundertdreißig Jahre Kolonialismus ihr verwehrt hatten. Algeriens Gesundheitssystem hat seitdem kleine Fortschritte gemacht. Gegen eine Pandemie ist es allerdings nicht gewappnet.

Mein Vater ist in den 1980ern in die DDR migriert, um, als erster Studierender in seiner Familie, zu promovieren. Meine Mutter und ich sollten folgen, sobald möglich. In ein besseres Leben, so der Plan. Stattdessen kam nur ich.

Wir lebten damals in einer kleinen Einzimmerwohnung in Sachsen-Anhalt und mein Vater schlug sich von einem befristeten Forschungsauftrag zum nächsten durch. Unsere Daseinsberechtigung in diesem Land hing von dieser Lohnarbeit ab. Ich bekam nichts mit von den Existenzängsten, die meinem sanften, traurigen, wütenden Papa den Schlaf raubten. Erst vor Kurzem sprachen er und ich zum ersten Mal von diesen ersten gemeinsamen Monaten im Exil. Dass diese Existenzängste für uns gerade jetzt wieder



so gegenwärtig sind, ist kein Zufall. Jetzt, da wir uns in einer Situation befinden, in der unsere in vielerlei Hinsicht mühsam angeeigneten Anpassungsmechanismen uns gar nichts nützen und wieder neue Verhaltensweisen von uns gefordert sind. Wie passt man sich einer unsichtbaren Bedrohung an? Ich ertappe mich dieser Tage gelegentlich dabei, wie ich an diese erste Zeit in Deutschland zurückdenke. Ich fühlte mich schrecklich einsam, daran erinnere ich mich. Die Kälte setzte mir zu. Und die Distanz.

Gemeinsam durch die Krise

Es ist nicht einfach, einer Minderheit anzugehören. In der Realität des Kollektivs, in das ich hineingeboren wurde, ist es die Gemeinschaft, die dem Leben des Individuums Struktur und Sinn verleiht. Ich bin Tochter und Enkelin starker, praktisch unkaputtbarer *Fellah*.² Teil eines Ganzen, das Demut und Loyalität einfordert. Teil eines Ganzen, das Geborgenheit und Anerkennung verspricht.

Meine Cousinen vermisste ich am meisten. Ich war es gewohnt, dass immer mindestens

eine von ihnen mir zur Seite stand. Wenn mich im Kindergarten ein frecher Junge traktierte, wenn ich vor meist selbst eingebrocktem Ärger mit den Erwachsenen die Flucht ergreifen musste oder wenn ich eine Spielgefährtin brauchte ... In Deutschland, weit weg von meinen Cousinen, hangelte ich mich lange Zeit emotional von einem Algerienurlaub zum nächsten. Die Abschiede am Ende des Urlaubs sind über die Jahre nicht einfacher geworden. Der Schmerz über den Verlust der einträchtigen Gemeinschaft nicht weniger. In zeitlicher Begrenzung zu denken, hat geholfen. Das versuche ich auch in diesen Wochen und Monaten. Ich denke von einer Welle zur nächsten.

Auch hier in Deutschland sind wir nicht alle in gleichem Maße von der Pandemie betroffen. Neben Alter und Veranlagung sind hauptsächlich der gesellschaftliche Status und die ökonomische Situation ausschlaggebend dafür, ob und inwieweit ein Mensch die gesundheitlichen Auswirkungen einer Infektion mit Sars-CoV-2 bewältigen kann. Die Menschen, die schon vor der Pandemie unter prekarierten Bedingungen leben mussten, sind auch diejenigen, die mit voller Wucht von ihren sozioökonomischen Auswirkungen getroffen werden.

Kreative und nachhaltige Formen des Zusammenseins erproben

Ich verstehe, dass die Maßnahmen, die Bund und Länder mehr oder weniger gemeinsam zur Eindämmung der Pandemie beschlossen, bei einem nicht unbeachtlichen Teil der Bevölkerung Misstrauen und Angst hervorrufen. Es ist nicht einfach, sich in einer neuen sozialen Umgebung zurechtzufinden. Oder gar zu vertrauen.

Mühsam erkämpfte Bürger*innenrechte müssen aufmerksam verteidigt werden, das ist klar. Jede*r darf vom Grundrecht der Demonstrationsfreiheit Gebrauch machen, um Misstrauen, Angst und Verzweiflung öffentlich Nachdruck zu verleihen. Was aber passiert, wenn die räumliche Distanz, die aus den uns allen bekannten Gründen geboten ist, unsere Vorstellungen von gesellschaftlicher Nähe in schädigender Weise beeinflusst? Denn Angst und Verzweiflung suchen oft einfache Antworten. Schein-Antworten, die Verschwörungstheoretiker*innen, Reichsbürger*innen und Rechtsextreme zu geben wissen.

Es ist nicht die Pandemie, die gesellschaftliche Ungleichheiten und strukturelle Diskriminierungen verschärft. Es ist unser gemeinschaftlicher oder eben nichtgemeinschaftlicher Umgang mit ihr und den damit einhergehenden Herausforderungen. Und auch wenn diese Zeiten, die wir erleben, nicht viel Positives zu bieten haben, so könnte dies vielleicht die Gelegenheit sein, um kreative und nachhaltige Formen des Zusammenseins, der Gemeinschaft zu erproben. Kreativität und Nachhaltigkeit wird es bedürfen, wenn wir uns dieser und auch der nächsten globalen Herausforderung stellen wollen. In zeitlicher Begrenzung zu denken, hilft.

— Erschienen am 21.12.2020

1 Stuart Hall: Cultural Identity and Diaspora, in: Jonathan Rutherford (Hg.): Identity. Community, Culture, Difference. London, Lawrence & Wishart, 1990, S. 222.
2 Bäuerinnen und Bauern.

Rückblick: „Das Virus ist eine demokratische Zumutung“

Von: Teresa Koloma Beck

Illustration: Laura Breiling

Bei der Veranstaltung „Das Virus ist eine demokratische Zumutung“ – Über Politik, Vertrauen und Grundrechte in der Pandemie“ diskutierten ein Journalist, ein Bürgermeister, eine Politikwissenschaftlerin und ein Soziologe über die neuen Herausforderungen an die Demokratie. Die Soziologin Teresa Koloma Beck hat den Abend dokumentiert.

Die Gäste sprachen an diesem Abend mit den Moderatorinnen Christina Morina und Uta Rüchel. Stefan Hans Kläser ist Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags, zu dem 22 lokale und regionale Tageszeitungen in Norddeutschland gehören. Silvio Witt, seit 2015 parteiloser Oberbürgermeister von Neubrandenburg, war früher selbst Journalist und Kommunikationsberater. Ulrike Guérot ist Politikwissenschaftlerin, Gründerin des *European Democracy Lab* und Professorin an der Donau-Universität Krems. Und Armin Nassehi ist Soziologe, Mitglied des Bayerischen Ethikrats, des Expertenrats „Corona“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

In Demokratien werden gesellschaftliche und politische Problemlagen und Konflikte in Prozessen öffentlicher Kommunikation ausgehandelt und bearbeitet. Solche Prozesse brauchen Zeit. Und sie setzen voraus, dass Menschen zusammenkommen. Die Pandemie stellt die demokratische Praxis deshalb vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hatte das Projekt *Demokratie? Eine Frage der Verfassung!* am 25. Februar 2021 zu einem digitalen Gespräch geladen.

Für mich selbst gehört dieses Gespräch zu den anregendsten und aufschlussreichsten der letzten Monate, was sowohl auf die Zusammenstellung als auch auf das Engagement der Gesprächsteilnehmer*innen zurückzuführen ist. An diesem Abend gelang

es, die sich ausbreitende Coronadebatten-Müdigkeit zu durchbrechen, wovon auch die *Social-Media*-Reaktionen während der Veranstaltung zeugten.

Im ersten Teil veranschaulichten die dichten Erzählungen von Stefan Hans Kläser und Silvio Witt, dass sowohl Demokratie als auch Pandemiebekämpfung letztlich in konkreten, lokalen Kontexten stattfindet. Ihre Schilderungen machten die Spannungen zwischen beiden Ansprüchen greifbar. Kläser erzählte beispielsweise von der Schließung der deutsch-dänischen Grenze zu Beginn des ersten Lockdowns. Diese sei für die Region nahezu traumatisch gewesen. Denn sie beschränkte nicht nur den Alltag; die Erfahrung, dass ein so selbstverständlicher Teil der Lebensrealität von einem Tag auf den anderen aufgehoben werden konnte, löste einen Schock eigener Art aus. Witt berichtete von den Herausforderungen der Pandemie für die Kommunalpolitik, die in hohem Maße auf dem persönlichen Kontakt mit Akteur*innen vor Ort beruht. Beide schilderten anschaulich, wie die Pandemie



in ihren jeweiligen beruflichen Feldern Reflektions-, Lern- und Anpassungsprozesse ausgelöst hat. Dabei zwang die Situation nicht nur dazu, Lösungen für praktische Probleme zu finden; auch mussten Fragen nach der Verantwortung und gesellschaftlichen Bedeutung des eigenen Tuns noch einmal neu aufgerollt werden.

Im zweiten Teil des Gesprächs wurde der Videokonferenzbildschirm zur Arena, als Ulrike Guérot und Armin Nassehi in die sozialwissenschaftliche Krisenanalyse eintauchten. Guérot hob die Unveräußerlichkeit von Grundrechten hervor und problematisierte deren anhaltende Beschränkung. Das Leben im Lockdown verändere die Gesellschaft schleichend und nachhaltig, mahnte sie, und betonte immer wieder, dass jede Hoffnung auf ein ›Zurück‹ in den Zustand vor der Pandemie Illusion sei. Nassehi hielt dagegen, Gefahrenabwehr sei ein staatlicher Auftrag, weil Menschen ohne Sicherheit nicht leben könnten. Dass dabei Kollateralschäden entstünden sei bedauerlich, aber unvermeidbar. Weil der Abend klug geplant war, gab es Raum für mehr als den üblichen Schlagabtausch grundsätzlicher Statements. Es stand Zeit zur Verfügung, um auf-

einander einzugehen, und so entspann sich eine echte Diskussion.

Umso bemerkenswerter ist es, dass dieses Gespräch letztlich genau jene Konfliktdynamik reproduzierte, die seit Monaten auch öffentliche Debatten prägt. Auf der einen Seite stand das Plädoyer für Freiheit und Würde, das sich mit einer sehr grundsätzlichen Kritik an den staatlichen Pandemiebekämpfungsmaßnahmen verband. Auf der anderen ein ebenso grundsätzlicher Abwehrreflex, der diese Maßnahmen als Schritte zur Gefahrenabwehr verteidigte. Es wurde mit großem persönlichen Einsatz diskutiert. Doch diente die Kontroverse der Schärfung der jeweiligen Argumente. Das Gespräch entfaltete Gegnerschaft.

Wie kommunizieren wir miteinander?

Nun gibt es kein Gesetz demzufolge gemeinsames Sprechen unbedingt zu Annäherung führen muss. In vielen Bereichen wäre das auch überhaupt nicht wünschenswert. Und insbesondere im akademischen Feld hat ein

Wettstreit der Argumente, der primär der Klärung oder Verfeinerung der eigenen Position dient, eine lange Tradition. Die Inszenierung von Kontroverse und argumentativer Gegnerschaft gehört zu den Routinen innerwissenschaftlicher Kommunikation. Und daran ist grundsätzlich auch erstmal nichts auszusetzen.

Allerdings führte der Schlagabtausch zwischen Guérot und Nassehi auch vor Augen, was eben *nicht* passiert, wenn so gesprochen wird. Wenn die Argumente des Gegenübers primär als Gegen-Argumente behandelt werden, kommen sie als Gesprächsanlässe eigener Art nie wirklich zum Tragen. An diesem Abend war dies besonders bedauerlich, weil Guérot und Nassehi beide viel Bedenkenswertes vortrugen. So anregend ihre Auseinandersetzung war, noch lieber hätte ich einem Gespräch gelauscht, in dem es um die gemeinsame Vertiefung von Überlegungen und Argumenten gegangen wäre und nicht nur um deren Entkräftung. Die Aussagen der ‚Kontrahenten‘ boten dafür vielfältige Anknüpfungspunkte

Aus der Routine ausbrechen

Wenn Guérot beispielsweise beklagt, dass der sich schleichend vollziehende gesellschaftliche Wandel in der Pandemie zu wenig öffentlich reflektiert wird, ließe sich weiterfragen, was genau diese Reflexionen und Debatten behindert? Wo müssten, könnten, sollten sie stattfinden? Welche Akteur*innen oder Institutionen wären hier relevant? Wenn Nassehi insistiert, dass Sicherheit eine Grundbedingung menschlicher Lebensvollzüge darstellt und deshalb eine wichtige staatliche Aufgabe ist, ließe sich dies im Horizont jüngerer sozialwissenschaftlicher Sicherheitsforschung weiter ausleuchten. Diese arbeitet nämlich heraus, dass ‚Sicherheit‘, ‚Gefahr‘ und ‚Risiko‘ nicht einfach objektiv gegeben sind, sondern an soziale und gesellschaftliche Konstruktionsprozesse gebunden. Wie verändert sich der Blick auf die Verantwortung des Staates in einer Gefahrenlage, wenn man bedenkt, dass das Reden und Handeln staatlicher Institutionen in entscheidendem Maße daran beteiligt ist, dass und wie diese Gefahr überhaupt wahrgenommen wird? Viel wäre zu entdecken gewesen, wäre es gelungen, hier und da aus den Routinen von Kontroverse und Gegnerschaft auszubrechen.

Zu Beginn des Abends hatte Stefan Hans Kläsenner seinen Dank für die Einladung mit der Erläuterung versehen, sie sei ein willkommener Anlass, die Routinen des Redaktionsalltags zu durchbrechen. Diese Bemerkung erinnert daran, dass wirklich Neues nur entsteht, wenn wir in unseren Gewohnheiten gestört werden, wenn das, was wir üblicherweise tun, nicht mehr selbstverständlich funktioniert. Gerade in festgefahrenen Konstellationen sind Unterbrechungen von Routinen wichtig. Sie zwingen dazu, einen neuen Blick auf die Situation zu werfen, sich zur Welt wie auch zum eigenen Tun neu ins Verhältnis zu setzen. Angesichts dessen war die bedauerlichste Leerstelle des Abends zweifellos die Lücke zwischen erstem und zweitem Teil. Denn diese klugen, erfahrenen und streitbaren Gäste hätten einander einiges Irritationsmaterial anzubieten gehabt.

Was gäbe es aus der journalistischen oder kommunalpolitischen Praxis zu den politikwissenschaftlichen und soziologischen Analysen zu sagen? Was könnten welche Akteur*innen damit anfangen? Und unter welchen Voraussetzungen? Wie verändert sich sozialwissenschaftliches Arbeiten und Sprechen, wenn es sich im Dialog mit Akteur*innen aus anderen Feldern und deren Anliegen entwickelt? Solche Gespräche über die Grenzen von Fachexpertisen hinweg könnten die Routinen der Coronakontroverse erschüttern und zu neuen gemeinsamen Einsichten führen.

Stärkung und Verteidigung demokratischer Prozesse und Strukturen in pandemischen Zeiten sollten sich nicht darin erschöpfen, öffentliche Diskussionsprozesse anzustoßen. Beachtung verdient auch die Frage, *wie* eigentlich kommuniziert wird und welche Formen und Modalitäten des Miteinandersprechens geeignet sind, um in der Bearbeitung von Problemen und Konflikten tatsächlich voranzukommen.

— Erschienen am 19.03.2021

Wer spielt mit?

Von: Dilek Güngör

Illustration: Laura Breiling

Die Reaktionen auf Einschränkungen und Herausforderungen durch die Pandemie sind sehr unterschiedlich. Die Einstellungen darüber, was die Gesellschaft in Krisenzeiten zusammenhält, auch. Die Schriftstellerin Dilek Güngör fragt sich, wie Menschen mit Migrationsgeschichte das vergangene Jahr erlebt haben.

Du darfst nicht mitspielen. Einer der Kindergartensätze, die geblieben sind. Jedes Kind kennt ihn, jedes Kind hat ihn zu anderen gesagt. Auch du hast ihn benutzt. Du darfst nicht mitspielen. Noch immer hallt er in dir nach und zieht einen Schwanz anderer Sätze nach sich: Warum verstehst du kein Deutsch? Dein Haar ist so dunkel und schau mal, du hast ja Härchen auf dem Arm. Du kennst unsere Lieder nicht und was hast du da auf deinem Brot?

Es braucht nur ein einzelnes Kind, das dich vom Spiel ausschließt. Ist niemand da, der ihm widerspricht, niemand von den Großen, der sagt, auch du spielst mit, auch dein Haar ist schön, auch deine Lieder singen wir und wir hören dir zu, dann verhaken sich diese Sätze ineinander. Sie setzen sich in deinem Bauch fest und wachsen fortan mit dir mit. Ist niemand da, der alle zum Spielen zusammenruft, werden diese Worte wahr.

Heute sagt niemand, du dürftest nicht mitspielen. Du bist erwachsen, da darf jeder mitspielen, die Regeln sind für alle gleich, die Chancen auch. Du musst nur wirklich wollen, musst dein Bestes geben. Also gibst du dein Bestes, es will bloß keiner haben.

Leider haben wir uns für eine andere Bewerber*in entschieden, die Wohnung an jemand anderen vermietet, wir wünschen Ihnen viel Glück bei der weiteren Suche. Immer ist schon jemand da, war schneller, ist nicht mehr einzuholen, wie der Igel, der nur so tut, als würde er mit dem Hasen um die Wette laufen. Was andere zu geben haben, scheint immer besser zu sein als das, was du zu bieten hast. Es wird an dir liegen, du schiebst die Schuld nicht anderen zu, bei dir ist sie viel besser aufgehoben. Du arrangierst dich mit der Enttäuschung, dem Frust und dem Groll. Du versuchst es erneut, strengst dich richtig an, so richtig. Auf deinen Durchhaltenwillen ist Verlass. Ab und an hallt etwas in dir nach, im Magen spürst du ein dumpfes Ziehen, hast vergessen, woher es rührt, es ist längst ein Teil von dir geworden.

Das Offensichtliche erkennst du nicht. Du siehst, wer bei den Spielen der Erwachsenen die Regeln bestimmt. Siehst, wer jetzt während der Pandemie den Laptop in der Küche statt im Büro aufklappt und wer kein Tablet hat fürs Kind, kein ruhiges Eck zum Lernen, keinen Drucker und keine Zeit, bei den Aufgaben zu helfen. Du weißt, in welchen Vierteln deiner Stadt sich der Virus ausbreitet und wo nicht, wem jetzt das Geld knapp wird, wer zu wenig Arbeit hat und wer viel zu viel und trotzdem nicht hinkommt mit dem Geld. Du hörst es jeden Tag in den Nachrichten. Du weißt das alles, schon vor der Pandemie wusstest du's. Wusstest, wem die Türen verschlossen bleiben, hinter denen

die Regeln gemacht werden. Wer hinten in der Küche arbeitet und wer am Tresen, wer vorne an der Tafel steht und wer nach Schulschluss die Treppen wischt. Wer studiert, wer ein Start-up gründet und wer einen Backshop. Wer spricht und wer gehört wird, wessen Ängste ernst genommen und wer zuerst einmal selbst verdächtigt wird, wenn der Sohn im eigenen Laden erschossen wird.

Das Ding in deinem Bauch macht sich bemerkbar. Lange ist es her, dass du den Schmerz so deutlich gespürt hast. Es scheint sich etwas zu lösen. Du fühlst dich betrogen. Deine Wut gegen die, die nicht eingeschritten sind, ist groß. Gegen die Erwachsenen, die hätten wissen müssen, was du nicht wissen konntest, die Erzieher*innen im Kindergarten, die Lehrer*innen in der Schule, früh schon beginnt das Sortieren. Gegen die, die bemerkt haben, dass es immer dieselben drei, vier Kinder in der Gruppe sind, die nicht mitspielen, die niemand dabei haben will. Gegen die, die nicht hinsehen. Früh werden die Spielregeln von den Großen an die Kleinen weitergegeben. Und deine Wut ist groß gegen jene, die die Regeln so gemacht haben, dass du die Ausnahme bleibst. Bekommst du, was du willst – die Wohnung, die Anstellung, die Ladenfläche, den Studienplatz –, bist du der Beweis, dass es jede*r schaffen kann, giltst als Vorbild und wirst herumgereicht. Gelingt es dir nicht, dann ist es recht so, du sollst es ja nicht schaffen, dafür hat man die Regeln so gemacht. Wer das nicht durchschaut, wird laufen und laufen und laufen und nie begreifen, warum der Igel immer schon da ist.

Größer als die Wut gegen die anderen ist deine Wut gegen dich selbst. Du vergibst dir deine Blindheit nicht.

Schluss damit, du willst deine Wut nicht mehr gegen dich selbst richten. Gerade jetzt, während der Pandemie, kannst du Besseres damit anfangen. Die Wut ist gut, sie gibt dir Kraft, um nicht zu resignieren, dich nicht verbittert abzuwenden. Du willst mitspielen und du wirst mitspielen. Und Du wirst kämpfen um faire Regeln – für alle.

— Erschienen am 19.03.2021



Rückblick: „Demokratie als Dialog“

Von: Konrad Sziedat

Illustrationen: Miriam Barton

Wie steht es um die Demokratie in Deutschland? In welcher Verfassung ist sie? Kann sie angemessen mit neuen Herausforderungen umgehen? Nicht erst seit Covid-19 werden diese Fragen heiß diskutiert. Schon lange gibt es Ansätze, das demokratische Repertoire weiterzuentwickeln und auszubauen. Darüber diskutierte WIR MACHEN DAS bei der Tagung „Demokratie als Dialog“ mit Gästen aus Wissenschaft und Praxis.

Über „bürger*innennahe Politik“ sprachen Jennifer Rübeler von ifok, Frank Wend von der Sächsischen Staatskanzlei und der Sozialökonom Heinz Blome. Sahand Shahgholi von der Partizipationsplattform Zebralog moderierte. Über „Formen und Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Gesprächs- und Begegnungsformate“ unterhielten sich die Politikwissenschaftlerin Aylin Karadeniz, die Kommunikationsexpertin Anneli Starzinger und Sarah Wohlfeld von der Initiative „More in Common“. Die Moderation lag bei Caroline Assad, Geschäftsführerin von WIR MACHEN DAS. Die Soziologin Teresa Koloma Beck, Peggy Piesche von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Historiker Till van Rahden erörterten, wie Demokratie erfahrbar wird. Dieses Gespräch moderierte die Historikerin Claudia Gatzka. Und am Abend trafen Stephan Detjen, Chefkorrespondent des Deutschlandradios, Jana Michael vom Verein Tutmonde, der Künstlerin Elske Rosenfeld und Rouzbeh Taheri, Sprecher der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“ aufeinander. In einem von der Historikerin Christina Morina geleiteten Gespräch diskutierten sie darüber, wie demokratische Verständigung überhaupt gelingen kann. Die Visualisierungen der Zeichnerin Miriam Barton boten eine zusätzliche Ebene, um den verschiedenen Positionen und Argumentationsrichtungen zu folgen.

Demokratie lässt sich unterschiedlich verstehen, etwa als Staatsform, als Gesellschaftsform, als Wettbewerb oder als Modus des Interessenausgleichs. Im Zeichen von Hass und Hetze, gesellschaftlicher Ausdifferenzierung und wachsenden Disparitäten gewinnt ein weiterer Aspekt an Aufmerksamkeit: die Rolle des demokratischen Dialogs. Darum drehte sich die digitale Abschlussstagung des Projekts *Demokratie? Eine Frage der Verfassung!* am 29. April 2021.

Die Tagung brachte eine beeindruckende Vielfalt von Personen, Institutionen und Perspektiven zusammen. Öffentliche Einrichtungen waren genauso vertreten wie nicht-staatliche Organisationen. Menschen mit unterschiedlichsten Erfahrungen kamen zusammen, mit und ohne Migrationsgeschichte, aus Ost und West. So entstand ein breites Panorama und der Eindruck: Den Dialog zu suchen, hat Konjunktur – bei Vereinen, Kommunen, Behörden und Ministerien, in der politischen Bildungsarbeit. Gibt es einen gemeinsamen Nenner? Oder doch sehr

BÜRGER*INNENNAHE POLITIK?

- PRÄMISSEN UND ERFAHRUNGEN IN BÜRGER*INNEN-FOREN VON BUND, LÄNDERN UND KOMMUNEN.

29.04.2021
TAGUNG
DEMOKRATIE
ALS DIALOG

PANEL 1



unterschiedliche Motive und Praktiken? Und wie verhalten sich neue zu vorhandenen Teilnehmenden schnell Einigkeit. Doch wurden auch Differenzen sichtbar, wenn sie auch teilweise unbenannt blieben.

Dies deutete sich schon am Vormittag an, der vornehmlich Praxiseinblicken galt. Drei Beispiele „bürger*innennaher Politik“ stellten sich im ersten Panel vor: Jennifer Rübél erläuterte, wie der erste Bürgerrat als Beratungsinstrument auf Bundesebene entstand, wie Bürgerräte inzwischen vom Bundestag beauftragt werden und wie sie sich auch unter Pandemiebedingungen rekrutieren, organisieren und in parlamentarische Beratungen einbringen. Aus der Landespolitik berichtete Frank Wend, wie sich die „Sachsengespräche“ der Regierung Kretschmer als Dialogformat aus der angespannten Stimmung 2017/18 entwickelten. Er sprach von einer großen Offenheit und einem hohen zivilisatorischen Niveau der Veranstaltungen, das jedoch in Onlineformaten leider verloren gehe. Heinz Blome berichtete über den Bürgerdialog der lippischen Gemeinde Horn-Bad Meinburg. Dort kamen nach einer turbulenten Ratssitzung unterschiedlich große Arbeitsgruppen von Bürger*innen zusammen, um etwa Abfallprobleme zu diskutieren – ein Modell, das nun ausgeweitet werden soll.

Die Distanz zwischen Bürger*innen und politischen Institutionen zu verringern, war als geteiltes Anliegen der drei Praxisbeispiele klar erkennbar. Eine weitere Gemeinsamkeit: gesellschaftliche Konfliktlagen gaben den Anstoß – und neue Irritationen entstanden, wenn von etablierten Verfahrenswegen abgewichen wurde, ob nun bei der Kreisverwaltung oder auch in der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag. Weniger zur Sprache kamen die Unterschiede der Projekte. Dabei liegen zwischen repräsentativ ausgelosten Bürgerräten und offen zugänglichen Gesprächsformaten, die jedoch vornehmlich Menschen ab fünfzig Jahren anlocken, Welten. Weitgehend offen blieb zudem die Frage, wie die Ergebnisse der jeweiligen Gesprächsprozesse in politische Entscheidungen einfließen.

Ebenfalls breit angelegt war das zweite Vormittagspanel, das „zivilgesellschaftliche Dialog- und Begegnungsformate“ in den Blick nahm. Konzepte für eine migrantisch geprägte Stadtgesellschaft standen hier neben Gesprächsangeboten für den ländlichen Raum. Hinzu trat der analytische Blick auf gesellschaftliche Bruchlinien und Zielgruppen. Aylin Karadeniz stellte die Projekte „Die



neuen Zeitzeugen“, „Erzählt und zugehört“ und „Meet Your Neighbours“ vor. Sie betonte insbesondere, wie wichtig eine ressourcenorientierte Herangehensweise sei. Anneli Starzinger gab Einblicke in die Förderpraxis bei „Miteinander reden“, einem 2018 gestarteten Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung, das nun in die zweite Ausschreibungsrunde geht. Sie verwies auf die Bedeutung von Kompetenzentwicklung sowie Prozessbegleitung und -beratung etwa durch Coaching, Supervision und Mediation.

Sarah Wohlfeld von „More in Common“ präsentierte die Befunde der Studie „Die andere deutsche Teilung“, die die Befragten nach Werthaltungen statt nach sozialstatistischen Parametern kategorisiert. Sie konstatierte eine Dreiteilung der Gesellschaft, der zufolge gerade das nicht involvierte Drittel der „Pragmatischen“ und „Enttäuschten“ Aufmerksamkeit verdiene. Verbindendes Anliegen aller drei Beiträge: Menschen in den gesellschaftlichen Dialog einzubeziehen, die sich von sich aus nicht beteiligen wollen oder können. Wie das geht? Insbesondere eine Haltung und Rahmung, die Wertschätzung, Neugier und Lernwilligkeit befördert, schälte sich als Gelingensbedingung heraus.

Aber auch, rote Linien zu ziehen und zu verteidigen, gehört dazu. Denn wo Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit nicht anerkannt werden, ist Dialog unmöglich. Deutlich wurde zudem, wie wichtig sichere, angstfreie Räume sind. Die Menschen dort anzusprechen, wo sie sich wohlfühlen, sei ein guter Weg. Gerade die, die sich nicht beteiligen, hätten oft Angst vor neuen Begegnungen.

Diversität aushalten

Das Nachmittagspanel ging das Tagungsthema auf reflexiver Ebene an. Aus politischer Bildung, Soziologie und Geschichtswissenschaft stammten die Beiträge. Dass Demokratie eine Gesellschaftsform sei, die ihrerseits plurale Lebensformen ermöglichen müsse, schien in der Runde Konsens zu sein. Gerade die gemeinsame Erfahrung von Unterschiedlichkeit mache Demokratie schließlich aus. Jedoch differierten die Einschätzungen darüber, welche Voraussetzungen es hierfür noch stärker braucht. Peggy Piesche plädierte aus rassismuskritischer Sicht dafür, die Anerkennung und Einbeziehung aller Teile der Gesellschaft auch in der Sprache zu

verwirklichen. Auch rief sie dazu auf, überkommene Erzählungen vom demokratischen „Wir“ neu auszuhandeln. Teresa Koloma Beck verwies darauf, dass jedes Wir auch Ausschlüsse bedeute. Zugleich warnte sie davor, im Alltag bestimmte Bevölkerungsgruppen pauschal als Gefahrenquellen wahrzunehmen, wie es im Zuge dessen, was Forscher*innen Versicherheitlichung nennen, geschehe. Dadurch entwickelten sich öffentliche Räume zu Räumen der Gefahr. Ein Rückzug ins Private jedoch bedrohe die Demokratie ebenso wie antidemokratische Kräfte.

Till van Rahden sprach über das Verhältnis von Demokratie und Gesellschaft in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Für die Auffassung, Demokratie sei mehr als eine Herrschaftsform, zitierte er prominente Gewährsleute gerade auch aus der Frühphase der Bundesrepublik. Hierbei betonte er unter anderem die Bedeutung der Remigration. In der Diskussion sprach er sich insbesondere für die Pflege demokratischer Gemeingüter aus, damit schon vor Eintritt in die politische Auseinandersetzung Freiheit und Gleichheit erfahrbar würden.

Das abschließende Abendpodium brachte aktivistische, journalistische, künstlerische und psychologische Perspektiven zusammen. Die Teilnehmenden diskutierten darüber, wie demokratische Verständigung gelingen kann. Jana Michael vom Stralsunder Verein Tutmonde schilderte, wie unsichtbar und wenig repräsentiert „Menschen mit Migrationshintergrund“ in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor seien. Sie verwies insbesondere auf die psychischen Folgen für die Betroffenen. Stephan Detjen erklärte am Beispiel des Deutschlandradios, wie die Rundfunkräte Repräsentation im Sinne von Binnenpluralität institutionalisieren. Zugleich verdeutlichte er, wo solche Mechanismen angesichts wachsender gesellschaftlicher Vielfalt inzwischen an ihre Grenzen kommen. Elske Rosenfeld berichtete von ihrer künstlerischen Arbeit zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches, der im Umbruch 1989/90 aus ihrer Sicht allzu schnell beiseitegelegt wurde. Sie würdigte aber, dass Volksentscheide in die Verfassungen aller ostdeutschen Bundesländer aufgenommen wurden. Als letzter beschrieb Rouzbeh





Taheri vom Standpunkt des Aktivisten, wie in Berlin die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“ Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Stadt mobilisiere. Er betonte, dass hierdurch viele neue Gespräche und Gemeinsamkeiten entstünden. Inwiefern Anliegen und Tätigkeit der Kampagne insgesamt unter Dialog fällt statt etwa unter Polarisierung oder Konfrontation, blieb allerdings undiskutiert.

Wie dialogfähig ist unsere Gesellschaft?

Durch alle Blöcke zog sich das titelgebende Thema Dialog zumeist eher implizit. Begriffliche Schärfungen und systematische Verknüpfungen der Beispiele konnten in der Regel nur angedeutet werden. Zu vielfältig waren die Ebenen, auf denen Dialog angesprochen war: als Kommunikation zwischen Bürger*innen und verfasster Politik, als direkter Austausch der Bürger*innen untereinander, als Empowerment und Einbindung marginalisierter Gruppen, als Haltung in medial

vermittelten Diskursen und im Gebrauch sozialer Medien. Doch wurde durchgehend deutlich, wie wichtig das Grundprinzip, sich aufeinander einzulassen, statt sich einen bloßen Schlagabtausch zu liefern, einerseits ist – und wie schnell es andererseits an Grenzen stoßen kann. Mehrfach lautete entsprechend das explizite oder implizite Plädoyer, Dialog nicht allein auf der Ergebnisebene, sondern zugleich auch als Wert an sich zu betrachten. Exemplarisch unterstrich dies der Befund, dass im Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ auch jene, die mit dem Schlussvotum nicht einverstanden waren, sich zu neunzig Prozent zufrieden mit dem Prozess zeigten.

Instruktiv dürfte daneben etwa eine dezidiertere Einbeziehung (zeit-)historischer Perspektiven sein. Sie wurden angedeutet, kamen aber insgesamt recht kurz, wie auch Mitinitiatorin Christina Morina konstatierte. So mag der Blick auf Dialog als eines der Schlagworte des Umbruchs 1989/90 dessen demokratisches und transitorisches Potenzial ebenso illustrieren wie das Erfordernis (aber auch die Schwierigkeit), ihn mit weiteren Beteiligungsformen zu verschränken, vom

Straßenprotest bis hin zu freien Wahlen. Zudem wirft der DDR-Fall die Frage auf, wer überhaupt legitimer Dialogpartner sein kann – oder notgedrungen als situatives Gegenüber zu akzeptieren ist. Auch ist das mehrfach angesprochene Problem demokratischer Wir-Erzählungen mit davon abhängig, wie eine pluralisierte Gesellschaft an demokratische Aufbrüche, ob von 1919, 1949 oder 1989, erinnert.

Ist Dialog nun mehr als eine allseits gefällige, aber gerade darum weitgehend leere Formel? Mit Blick auf die Vielfalt der praktischen Projekte und theoretischen Begründungen, die der Tagungstag zusammenband, spricht manches dafür, manches dagegen. Da waren einerseits weithin geteilte Prämissen und Parallelen in den Erfahrungen. Dass Dialog Begegnung und Perspektivwechsel ermöglicht und damit soziale Kohäsion fördern kann, wurde ebenso deutlich wie der Beitrag, den er zu politischen Meinungsbildungsprozessen leistet. Andererseits blieb bis zum Schluss unklar, ob und wie sich politische Entscheidungsverfahren – und Entscheidungen – hierdurch tatsächlich verändern können und sollen. Insofern dürfte die Veranstaltung die aktuelle Situation gut eingefangen haben: Der vielstimmigen Forderung, dass es Dialog mehr denn je braucht, entspricht eine Vielfalt an Intentionen, Vorstellungen und Praktiken, die dahinterstehen. Ob dies selbst schon ein gutes Zeichen für die Dialogfähigkeit der Gesellschaft ist, steht dahin. Eine Tagung, die zunächst einmal erfolgreiche Beispiele und bedenkenswerte Argumente dialogisierte, konnte und wollte diese Frage nicht klären, führte ihre Brisanz aber umso deutlicher vor Augen.

— Erschienen am 14.05.2021

Nachwort

Von: Christina Morina

gebunden ist, wie, wen und in welchen Räumen und Foren man dazu einlädt. Genauso zentral ist, wer Themen und Ressourcen setzt, welche Teilhabemöglichkeiten geschaffen und dann genutzt oder gerade *nicht* genutzt werden – und der Wille und die Fähigkeit, zu erkennen, welche Faktoren Teilhabe fördern und welche sie behindern. Stetig und systematisch zu reflektieren, ob die vorhandenen rechtlichen, institutionellen und sonstigen Rahmenbedingungen für ein dialogisches Nachdenken angemessen sind, und daraus konkrete Bedürfnisse und Notwendigkeiten zu formulieren, ist die Voraussetzung dafür, dass offene, perspektivenreiche, konstruktive Dialogräume entstehen, in denen die gesellschaftliche Selbstverständigungsfähigkeit gestärkt werden kann. Auf diese Notwendigkeiten zu achten, zu insistieren und sie auf vielfältige Weise verdeutlicht zu haben, ist kein geringes Verdienst eines „Modellprojekts zur historisch-politischen Bildung“.

Das gesamte Unterfangen war nur möglich, weil eine große Zahl von Menschen daran mitgewirkt hat. Ihnen allen möchte ich hiermit ganz herzlich danken – für Rat, Austausch, Reflexion und Einspruch, für organisatorische, technische und intellektuelle Unterstützung in allen Phasen unserer Arbeit: der Projektleiterin Uta Rüchel sowie Lama Al-Haddad, Caroline Assad, Julia Eckert, Maritta Iseler, Patrick Kennedy, Juliette Moarbes und Elisabeth Wellershaus von WIR MACHEN DAS; Anja Schröter und Olaf Weißbach von der Robert-Havemann-Gesellschaft; Felix Tiemann und dem Bielefelder Team Zeitgeschichte; Michael Papendick, Jonas Rees und Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld; den Projekt-Beirätinnen

und Beiräten Christina Clemm, Daniela Dröscher, Judith C. Enders, Ilko-Sascha Kowalczyk, Robert Pfützner, Annika Reich und Matthias Trénel, sowie den Ideengeber*innen „der ersten Stunde“ Nikolas Dörr, Rainer Eckert, Christoph Kleßmann, Philipp Kufferath, Markus Meckel, Kristina Meyer, Bernd Rother und Dirk Schumann.

An diese Anfänge sei ganz zum Schluss noch einmal erinnert. Die Grundfragen des hier dokumentierten Modellprojekts entstanden vor dem Hintergrund zweier historischer Selbstvergewisserungsbedürfnisse: 2018 war das Jahr nach dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag, das Jahr der sich zuspitzenden Reden vom „Niedergang der Volksparteien“ und das Jahr, in dem das fatalerweise viel zu viel beschworene „Zusammenwachsen“ Deutschlands ausgerechnet auf der äußersten Rechten mit der Urteilsverkündung im NSU-Prozess in erschreckender Deutlichkeit zu Tage trat.

Zugleich kulminierten 2018/2019 gleich vier verfassungs- und demokratiegeschichtlich bedeutsame Jahrestage: 150 Jahre Paulskirchenverfassung, 100 Jahre Novemberrevolution, Frauenwahlrecht und Weimarer Verfassung, 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre Herbstrevolution von 1989. In dieser Gemengelage entstand rund um den Protest gegen die Auflösung der Historischen Kommission der SPD – die weit über die Partei hinaus als Fanal einer sich selbst abschaffenden, aber dringend benötigten modernen Idee der sozialen Demokratie angesehen wurde – ein Gesprächszusammenhang, in dem Fragen von Demokratie und Populismus, Zivilgesellschaft und Einwanderung, lokalen und globalen Sorgen, Ost- und Westbedürfnissen lebhaft debattiert wurden.

Zunächst fragten Ilko-Sascha Kowalczyk und ich uns, wie man ganz grundsätzlich über die Frage nachdenken könnte, in welcher Verfassung sich unsere Gesellschaft eigentlich befindet und in welcher wir uns in Zukunft befinden wollten – oder sollten. Wir diskutierten dann im Kreis der genannten Ideengeber*innen, wie sich in diese Fragestellung auch die zunehmende Polarisierung zwischen Ost und West, zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen einer offenen Einwanderungsgesellschaft oder die zwischen städtischen und ländlichen Lebenswelten einbeziehen ließe. Dank der unterschiedlichen Netzwerke, die in diesen Gesprächen aufeinandertrafen – Wissenschaftler*innen, Publizist*innen, Aktivist*innen –, fiel es letztlich nicht schwer, diese großen Fragen in ein Programm für eine „Bürgergesprächsreihe“

zu übersetzen, die von Anfang an viel mehr als nur das sein wollte.

Die Förderung unseres ungewöhnlichen Dreierbunds – WIR MACHEN DAS, Robert-Havemann-Gesellschaft und die Bielefelder Professur für Zeitgeschichte – durch die Bundeszentrale für politische Bildung und Mittel der Universität Bielefeld, passte hier auch deshalb so gut, weil es um eine echte Kooperation an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft ging. Es war ein ebenso anregendes wie herausforderndes Zusammengehen von Bereichen, deren wechselseitiger Austausch zwar stets gern beschworen wird, der in der Praxis aber keineswegs selbstverständlich und schon gar nicht reibungslos ist. Es war eine Kooperation, an deren Anfang viele, vor allem in geschichtswissenschaftlichen Kontexten debattierte Fragen der Demokratiegeschichte standen und die am Ende vor allem zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Anregungen hervorgebracht hat. Doch ich bin davon überzeugt, dass das gesamte Projekt vom intensiven, manchmal kontroversen Dauerabwägen wissenschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Fragen enorm profitiert hat. Auch diese Erfahrung einer gelungenen Kooperation von sehr eigensinnigen Partner*innen unterstreicht eine *Notwendigkeit*: die dringend benötigte Offenheit und Innovationsfreudigkeit der angestammten Institutionen der demokratischen Bildung. Denn ohne sie werden die Auseinandersetzungen über die Grundlagen unseres Zusammenlebens und das Ringen um eine humanere Gesellschaft kaum zu gewinnen sein.

— Bielefeld im Mai 2021

E Es gehört zu den alltäglichen Erfahrungen jeder Projektarbeit, dass sich die ursprünglich erdachten Ideen und Vorstellungen im Laufe der Zeit wandeln und am Ende das, was realisiert worden ist, deutlich, im besten Falle aber produktiv vom eigentlich Intendierten abweicht. Neben den üblichen Unwägbarkeiten und Dynamiken zwang uns die Coronapandemie dazu, frühzeitig die zentrale Prämisse unserer Projektidee aufzugeben: Neue Gesprächsformate zu erproben, in denen eine Selbstverständigung über die verfassungsmäßigen Grundlagen unserer Gesellschaft – im rechtlichen wie übertragenen, alltäglichen Sinne – *jenseits* der eingefahrenen Schneisen und Gräben stattfinden kann.

Die aus der Not heraus entwickelten Alternativen haben dennoch Wirkung und Aussagekraft entfaltet, wie diese Dokumentation zeigt. Vor allem aber hat sich erwiesen, dass ein Nachdenken über die Grundlagen unseres Zusammenlebens ganz entscheidend daran

Autor*innen

Iskandar Ahmad Abdalla ist Islam- und Politikwissenschaftler. Er hat an der Ludwig-Maximilian Universität München und an der Freien Universität Berlin studiert. Zurzeit promoviert er an der Berlin Graduate School „Muslim Cultures and Societies“. Zudem ist er in der kulturellen und politischen Bildungsarbeit aktiv.

Büsra Delikaya macht ihren Master in Sprachwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Sie schreibt freiberuflich für Publikationen wie Freitag, Tagesspiegel oder Zeit Online.

Christin Figl hat Psychologie und Theater-Film-Medienwissenschaften in Wien studiert. Sie ist in einem Verein zu Gewaltprävention aktiv, hat neben dem Studium Workshops für Menschen mit Beeinträchtigungen abgehalten und für die Autistenhilfe gearbeitet.

Claudia Gatzka ist Historikerin und lehrt an der Universität Freiburg. Sie forscht zur Geschichte der Demokratie und der politischen Kommunikation, des Tourismus und der Konstruktion des ‚Europäischen‘. Unter anderem ist sie Autorin des Buches „Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik, 1944-1979“.

Dilek Güngör ist Schriftstellerin und Journalistin. Sie hat als stellvertretende Chefredakteurin der Zeitschrift „Kulturaustausch“ gearbeitet. Sie schreibt Romane, Theaterstücke und für das Kolumnenformat 10nach8 bei Zeit Online. Ihr aktuelles Buch „Ich bin Özlem“ ist 2019 im Verbrecher Verlag erschienen.

Deike Janssen lebt und studiert in Innsbruck. Sie macht einen Master in Politikwissenschaften und in Sozialer Arbeit. In ihrer Masterarbeit schreibt sie über Abschiebepolitiken. Zudem leitet sie Workshops in Schulen und schreibt freiberuflich zu gesellschaftspolitischen und feministischen Themen.

Teresa Koloma Beck ist Professorin für Soziologie. Derzeit lehrt sie an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Sie forscht zu Globalisierungsprozessen und zum Alltag in Krisen- und Konfliktkontexten.

Christina Morina ist Professorin für Allgemeine Geschichte an der Universität Bielefeld. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Gesellschafts- und Erinnerungsgeschichte des Nationalsozialismus, in der politischen Kulturgeschichte des geteilten und vereinigten Deutschlands sowie in dem Verhältnis von Geschichte und Gedächtnis.

Laura Maria Niewöhner hat ihren MA in Geschichtswissenschaft an der Universität Bielefeld abgeschlossen. Derzeit arbeitet sie an der Universität in den Bereichen Digital History und Zeitgeschichte. Von 2015 bis 2018 hat sie für eine Gedenkstätte gearbeitet, die an sowjetische Kriegsgefangene erinnert. Im Frühjahr 2020 war sie als Praktikantin am German Historical Institute in Washington D.C.

Amel Ouassa ist Soziologin mit Forschungsschwerpunkten in Bildungssoziologie, postkoloniale und dekoloniale Theorien, feministische Theorie sowie gesellschaftliche und politische Transformation in der MENA-Region. Sie arbeitet als Wissenschaftliche Referentin für Internationales und Diversität im Humboldt Forum.

Bastian Rottinghaus ist wissenschaftlicher Berater mit Fokus auf die Methoden der empirischen Sozialforschung. Er arbeitete 10 Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut sowie am Düsseldorfer Institut für Internet und Demokratie (DIID) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Uta Rüchel ist Soziologin und arbeitet vor allem zu Erinnerungskultur, deutsch-deutscher Geschichte und den Langzeitfolgen von Systemumbrüchen. Als Projektleiterin von *Demokratie? Eine Frage der Verfassung!* wollte sie diejenigen in einen Austausch bringen, die gewöhnlich nur übereinander reden.

Konrad Sziedat ist Referent bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in München. Er beschäftigt sich mit demokratischem Handeln und Gefährdungen der Demokratie in Verbindung mit zeithistorischen und erinnerungskulturellen Fragen.

Illustrator*innen / Fotograf*innen

Miriam Barton studierte Illustration in Münster und Visual Communication in Sydney, Australien. Sie arbeitete als Trickfilm-Zeichnerin und ist heute freiberuflich im Bereich Info-Illustration und Visual Storytelling, sowie als Graphic Recorderin tätig.

Laura Breiling ist eine deutsche Illustratorin und Künstlerin mit Wohnsitz in Berlin-Kreuzberg. Ihr Portfolio beinhaltet Arbeiten für The New York Times, Google, Nike, Greenpeace, The New Yorker, Uniqlo und vielen mehr.

Johanna Benz ist Zeichnerin. Ihr Büro für Graphic Recording und Illustration versteht Zeichnung als visuelles Denken. Sie bietet Illustrationen für Print- und Online-Medien an und etabliert mit graphicrecording.cool visuelle Übersetzungsprozesse.

Tine Fetz ist diplomierte Designerin mit Schwerpunkt Illustration. Sie hat an der Fachhochschule Münster und an der Bezalel Academy of Art & Design in Jerusalem studiert. Heute arbeitet als freischaffende Illustratorin und Comiczeichnerin in Berlin.

Bahar Kaygusuz studierte Fotografie an der Ostkreuzschule für Fotografie. Ihre Arbeiten wurden von Magazinen wie I-D und Das Wetter veröffentlicht. Sie ist Teil des Kollektivs ‚Human After All‘.

Impressum

Textredaktion: Elisabeth Wellershaus
Bildredaktion: Juliette Moarbes
Grafische Gestaltung: Daniela Burger, Lena Rossbach
Lektorat/Korrektorat: Dagmar Deuring
Druck: Saxoprint

Mit Beiträgen von: Iskandar Ahmad Abdalla, Teresa Koloma Beck, Büsra Delikaya, Christin Figl, Claudia Gatzka, Dilek Güngör, Deike Janssen, Laura Niewöhner, Christina Morina, Amel Ouissa, Bastian Rottinghaus, Uta Rüchel, Konrad Sziedat

Mit Fotos und Illustrationen von: Miriam Barton, Laura Breiling, Johanna Benz, Tine Fetz, Bahar Kaygusuz

Herausgeber:
WIR MACHEN DAS /
wearedoingit e.V.
Postfach 610254,
10924 Berlin

Vorstand: Patricia Bonaudo, Prof. Dr. Julia Eckert (V.i.S.d.P.), Prof. Dr. Sabine Hark

Geschäftsführung: Caroline Assad
Projektleitung: Uta Rüchel

Demokratie? Eine Frage der Verfassung! war ein Projekt von WIR MACHEN DAS in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld und der Robert-Havemann-Gesellschaft, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Projektzeitraum: 01.11.2019 – 31.05.2021.

www.wirmachendas.jetzt

BÜRGER*INNENNAHE POLITIK -PRÄMISSEN UND ERFAHRUNGEN FORUM VON BUND, LÄNDERN UND



POLITIK MUSS GREIFBARER
& SICHTBARER WERDEN!
DAS SACHSENGESPRÄCH

→ 400 - 800 TEILNEHMER*INNEN

PARTIZIPATION

DEMOKRATIE
EINE FRAGE DER
VERFASSUNG

UNMITTELBAR
NIEDRIG-
SCHWELGIG



HART IN DER SACHE
FREUNDLICH IM TON



LOCKERE &
FREUNDLICHE
BEGEGNUNG

WICHTIGSTE THEMEN:
KLIMA
ZUSAMMENHANG
DER
GESELLSCHAFT
LOKALE
ERMÄCHTIGUNG

**KOMMUNALE
THEMEN**

LEHRER
MANGEL



Ü50

**BILDUNGSLÜCKEN
ERKANNT**

GESPRÄCHS-
KULTUR

WIE ERREICHEN
WIR AUF DAUER
EIN JÜNGERES
PUBLIKUM?

VERTRAUEN AUFBAU
VON STRAS-
SEN
ZU THEMEN

AUF
AUGEN
HÖHE

WIR BRAUCHEN
MOTIVIERENDE
MECHANISMEN!

HOHER
MIGRATIONS
ANTEIL IN
BREMEN

MIT
EINANDER
DIE

in Kooperation mit

wir machen das

إنما نفع

we're doing it

Gefördert
durch die



Bundeszentrale für
politische Bildung



UNIVERSITÄT
BIELEFELD

ROBERT HAVEMANN
GESELLSCHAFT e.V.
ARCHIV DER DDR-OPPOSITION

PRÄ-
SIDENT
FOR

COMMUNICATION



SAHAND
SHAHGH